STADT STEIN AM RHEIN

Sitzung 06/12 des Einwohnerrates

Freitag, 14. Dezember 2012, 19.30 - 22.30 Uhr
Bürgerasyl, Jakob und Emma Windler-Saal

Vorsitz:	Schlatter	Richard	Pro Stein	Präsident
Anwesend:	<u>Einwohnerrat</u>			
	Cantieni	Arthur	SP	
	Käser	Werner	FDP	Vizepräsident
	Lengwiler	Guido	Pro Stein	
	Marty	Franz	CVP	
	Schlatter	Richard	Pro Stein	Präsident
	Ullmann	André	Pro Stein	
	Vetterli	Ruedi	parteilos	Aktuar
	Weibel	Urs	SP	
	<u>Stadtrat</u>			
	Eimer	Claudia Pia	Stadtpräsidentin	
	Böhni	Ernst	Werkreferent	
	Hug	Beat	Baureferent	
	Meile	René	Sozialreferent	
	Schilling	Heidi	Finanzreferentin	
	<u>Verwaltung</u>			
	Brügel	Stephan	Stadtschreiber	
	Furger	Martin	Zentralverwalter	
	Grötchen	Robert	Polizeichef/Weibel	
	<u>Geschäftsprüfungskommission</u>			
	Schäffeler	René	Präsident GPK	
	Oderbolz	Markus	Mitglied GPK	
Entschuldigt:	Berner	Georg	parteilos	
	Derrer	Jörg	SP	
	Knecht Käser	Ursula	FDP	
	Oster	Rolf	SP	
	Rietmann	Katharina	Pro Stein	
	Schmid	Werner	FDP	
	Häberli	Roland	Mitglied GPK	
Protokoll:	Widmer	Yvonne	Protokollführerin	

Traktanden

1. Protokollgenehmigung
2. Stellenplan der Stadtverwaltung für die Legislaturperiode 2013 – 2016, Genehmigung
3. Spitex Bezirk Stein, Ersatz und Anschaffung neuer Nutzfahrzeuge, Kreditgenehmigung
4. Alters- und Pflegeheim, Ersatz und Anschaffung von Sanitätsmaterial, Kreditgenehmigung
5. Voranschlag 2013, Genehmigung (fakultatives Referendum)
6. Allgemeine Umfrage

Einwohnerratspräsident Richard Schlatter eröffnet die Sitzung um 19.30 Uhr und begrüsst die Anwesenden.

Da Einwohnerrat G. Berner später noch zur Sitzung stossen sollte, wird die Traktandenliste umgestellt und Traktandum 2, Voranschlag 2013, hinter Traktandum 5 geschoben. Die geänderte Traktandenliste wird genehmigt.

Da beide Stimmenzähler abwesend sind, wird Franz Marty, CVP, als Stimmenzähler gewählt.

INNERES, Einwohnerrat, Protokolle 03.20.005

1. Protokollgenehmigung

Das Protokoll wurde wie in der letzten Sitzung abgesprochen, nicht mehr als Wortprotokoll sondern summarisch abgefasst, wie in der Geschäftsordnung festgehalten. Dies verringerte den Arbeitsaufwand der Protokollführerin und eine Anpassung der Geschäftsordnung und Entschädigung ist so nicht nötig.

U. Weibel, SP, wünscht, dass die indirekte Rede verwendet wird und nicht die „Ich-Form“, da sonst der Eindruck entstehen könne, dass es sie doch um eine wortwörtliche Aussage handelt. Dies wird in Zukunft so gemacht.

F. Marty, CVP, findet es schade, dass wichtige von Einwohnerräten gemachte Aussagen somit nicht mehr im Protokoll zu finden sind.
Zudem hat er sich zu seiner Interpellation vom letzten Mal klug gemacht: Wenn jemand klare Fragen stellt, hat der klare Antworten zu gut. Deshalb wird er diese Interpellation nochmals stellen und er geht davon aus, dass im Januar der bürgerliche Stadtrat in der Lage sein wird, diese zu beantworten.

Das Protokoll der Sitzung vom 9.November 2012 wird genehmigt.

PERSONAL, Allgemeines 06.00.

2. Stellenplan der Stadtverwaltung für die Legislaturperiode 2013 – 2016, Genehmigung

C. Eimer, Stadtpräsidentin, geht davon aus, dass die Einwohnerräte die berichtigte Form des Antrags per E-Mail erhalten haben. In der ersten Version wurde vergessen, die Schulleitungen einzufügen. Eigentlich wurde der Stellplan wie er vorliegt schon lange genehmigt. Das erste Mal am 13. April, das zweite Mal am 22. Juni und die Jugendarbeiter-Stelle wurde bereits 2010 gut geheissen. Es handelt sich eigentlich nur noch um eine Bewilligung pro Summa. Der Antrag beinhaltet die Ausgangslage und auf Seite 2 den Zusammenzug mit neu Spitex, Kita Schatztrue und Schulleitungen. Der ganze Stellplan umfasst neu 74,03 Stellen, der ganze Stellenetat wird gegenüber 2009-12 um 9.75 Stellen erhöht. Sie bedankt sich, wenn der Antrag so genehmigt wird.

Eintreten

F. Marty, CVP, erklärt, dass die bürgerliche Fraktion dem Antrag zustimmen wird und sich freut, dass schlussendlich doch noch alles richtig erfasst wurde. Allem, was auch nicht über die Stellplankommission gegangen ist, wurde so ja bereits zugestimmt.

A. Cantieni, SP, teilt mit, dass auch die SP-Fraktion dem Stellenplan zustimmen wird. Wie bereits erwähnt, hat der Antrag nur noch rein formellen Charakter, alles wurde bereits genehmigt.

A. Ullmann, Pro Stein, kann sich den Vorrednern anschliessen, es geht schlussendlich um eine Formalität. Er möchte aber, dass man diesen Stellenplan auch in Zukunft beibehält und mit einer Vorlage, wie sie heute vorliegt, wäre er als zukünftiger Einwohnerrat nicht zufrieden, allein aufgrund des Detaillierungsgrades. Er geht davon aus, dass der Stellenplan nicht nur auf der summarischen Ebene präsentiert wird, sondern 1 oder 2 Ebenen tiefer geht, wo man pro Bereich, pro Funktion, pro Lohnklasse erkennt, wie die Struktur aussieht. Dass so etwas nicht in einer öffentlichen Sitzung gemacht werden kann, ist nachvollziehbar und das ist der Grund, wieso man beschlossen hatte, dass man eine Stelleplankommission macht. Er glaubt, dass es in Zukunft keine Stellenplankommission mehr geben wird, aber in irgendeiner Form muss der Einwohnerrat künftig auf dieser Ebene vom Stadtrat informiert werden, damit er dazu Stellung nehmen kann. Das würde er erwarten, wenn er weiter Einwohnerrat wäre.

Detailberatung

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Stellenplan für die Legislaturperiode 2013-2016 mit insgesamt 74.03 Stellen wird einstimmig genehmigt.

Mitteilung an

Stadtpräsidentin
Stadtschreiber
Zentralverwaltung
Ablage

SOZIALES, Gesundheit, Spitex 08.20.035

3. Spitex Bezirk Stein, Ersatz und Anschaffung neuer Nutzfahrzeuge, Kreditgenehmigung

R. Meile, Sozialreferent, erläutert den Antrag. Die Spitex Bezirk Stein verfügt immer noch über das gleiche Auto, das früher durch die Gemeindekrankenpflege benutzt wurde, der Opel Astra, Baujahr 1999. Dieser muss gelegentlich ersetzt werden. Mit einem einzigen Fahrzeug ist zudem die Organisation nicht mehr in der Lage, den Bedarf an Fahrten in einem grösseren Gebiet als früher für alle zu erbringenden Dienstleistungen zu erfüllen. Es müssen private Fahrzeuge mit entsprechender km-Entschädigung eingesetzt werden. Dies gilt auch für das Alters- und Pflegeheim, bei welchem für Kurzstrecken nicht immer der Altersheimbus eingesetzt werden kann.

In Anbetracht dessen wurde beschlossen, zwei Fahrzeuge anzuschaffen. Diese dienen der Spitex im Bereich Pflege im ganzen Bezirk Stein bis nach Buch, der Hauswirtschaft im ganzen Bezirk, neu auch dem Transport von Heimbewohner/innen zum Arzt, ins Spital usw., ansonsten der Bevölkerung für Arztbesuche, zur privaten Vermietung an Privatpersonen für Rollstuhlfahrten und evt. auch dem Mahlzeitendienst. Der Standort der Fahrzeuge ist im Altersheim. Ab 1.1.2013 ist die gesamte Spitex im Altersheim untergebracht. Mit dem neuen Standort können Synergien zwischen Heim und Spitex genutzt werden.

Zusammen mit der Spitex-Leiterin und deren Stellvertreterin wurden verschiedene Fahrzeuge evaluiert und man kam zur Auffassung, dass der Typ Renault Kangoo Kombi die Anforderungen am besten erfüllt und die Bedürfnisse abdecken kann. Dieser Fahrzeug-Typ wird auch bei anderen Spitex-Organisationen in der Schweiz eingesetzt, deswegen kann auch von einem grosszügigen Rabatt profitiert werden. Vorgesehen ist ein normales Fahrzeug Kosten total Fr. 21‘780.- sowie ein Fahrzeug, das den Transport von Rollstuhlpatienten inkl. den notwendigen Begleitpersonen erlaubt mit einer ausfahrbaren Rampe. Dieses Sonderzubehör kostet viel und das gesamte Fahrzeug Fr. 40‘480.-. Die Beschriftung der Fahrzeuge kommt auf Fr. 640.-. Die Beschaffung der Fahrzeuge kostet also total Fr. 62‘900.-. Der Stadtrat hat am 24. September 2012 ein Gesuch an die Jakob und Emma Windler-Stiftung gemacht, ob diese die Fahrzeuge finanzieren würde. Der Stiftungsrat hat mit Beschluss vom 1. Oktober 2012 die Übernahme der Kosten für die gesamte Beschaffung zugesichert, d.h., diese werden der Stadt eigentlich geschenkt. Dies freut den Stadtrat ausserordentlich und er schlägt vor, aus formellen Gründen muss dies so geschehen auch wenn durch Dritte finanziert, dem Antrag zuzustimmen.

<u>Eintreten</u>

W. Käser, FDP, erklärt, die bürgerliche Fraktion musste sich nicht lange über diese Vorlage unterhalten. Wenn die Spitex ein 13jähriges Fahrzeug hat, ist eine Ersatzbeschaffung absehbar. Zuverlässigkeit ist gerade bei der Spitex sehr wichtig. Privatfahrzeuge einzusetzen finden sie keine gute Lösung. Einzig die Frage, ob ein Allrad-Fahrzeug nicht sinnvoll wäre, tauchte auf. Der Stadtrat kann diese Frage vielleicht noch beantworten. Sie sind für Eintreten.

U. Weibel, SP, bedankt sich im Namen der Fraktion für dieses Weihnachtsgeschenk, das allen Steinerinnen und Steiner zu Gute kommt und sie sind selbstverständlich für Eintreten. Der Ersatz und Neukauf dieser Fahrzeuge war immer wieder ein Thema, durch die Jakob und Emma Windler-Stiftung konnte die Finanzierung jetzt sichergestellt werden. Innerhalb der Fraktion wurden zwei Bereiche diskutiert. Der Allrad-Antrieb wur-

de bei der Evaluation sicherlich thematisiert und die Fahrzeuge sind auf die Bedürfnisse von Stein am Rhein abgestimmt. Eine technische Debatte möchte er deswegen nicht eröffnen. Bei Punkt 4 steht „zur Ergänzung des Rotkreuz-Fahrzeugdienstes“. Da möchte er zuerst einmal den Fahrerinnen und Fahrern danken, die diesen Fahrdienst ehrenamtlich bzw. gegen ein kleines Entgelt leisten. Dies ist eine gute Organisation, die funktioniert. Personen, die diesen Dienst leisten, sind mit der Befürchtung auf ihn zugekommen, in Zukunft diesen Dienst nicht mehr leisten zu dürfen, da dann die Spitex diese Fahrten übernimmt. Er denkt nicht, dass es einen Verdrängungskampf auf diesem Markt geben wird, aber die Koordination muss sichergestellt werden, ein ehrenamtliches Engagement darf nicht untergraben werden. Sie sind für Eintreten.

G. Lengwiler, Pro Stein, ist mit der Fraktion hoch erfreut, dass die Windler-Stiftung die Finanzierung der beiden Fahrzeuge übernimmt. Sie haben grundsätzlich nichts dagegen einzuwenden. Er findet es gut, dass der Auto-Anbieter von Stein am Rhein etwas günstiger war und er geht davon aus, dass dieser den Zuschlag bekommt, da dort auch noch Lehrlinge ausgebildet werden. Punkt 4 war auch bei ihnen ein Thema. Sie möchten keinesfalls, dass mit einem teuren Fahrzeug und teuren Leuten der Stadt eine Konkurrenz-Situation gegenüber den Rotkreuz-Fahrern entsteht, nur um eine bessere Auslastung zu erreichen. Auch bei ihnen wurde dies von aussen an sie herangetragen, dies scheint ein Anliegen zu sein. Er wäre froh, wenn der zuständige Referent darauf ein Auge haben würde. Sie werden dem Antrag zustimmen.

R. Meile erklärt, die Situation mit dem Rotkreuzfahrdienst sehe er genau gleich. Was ehrenamtlich geleistet wird, wird nicht durch bezahlte Arbeit ersetzt, das wäre das Dümmste, was man machen könnte. Das wäre nur für den Fall, dass niemand zur Verfügung steht, dann hätte man noch eine Möglichkeit. Den Allrad-Antrieb hat man überprüft und er geht davon aus, dass die beiden Damen zusammen mit dem Garagisten sorgfältig evaluiert haben und sie sind zum Entschluss gekommen, dass es gemäss über 30jähriger Erfahrung kein Allrad braucht. Wenn man einen VW Kadi nehmen würde, da die Renaults kein Allrad haben, müsste man eine feste Rampe haben und wäre völlig unflexibel, der Kadi würde auch Fr. 11‘000.- mehr kosten. Auch wenn die Stiftung bezahlt, wird mit dem Geld haushälterisch umgegangen. Der zweite wichtige Punkt war, dass der Kadi ein Diesel-Fahrzeug wäre und es sind vor allem Kurzstrecken, die gefahren werden. Der Entscheid der beiden Damen für dieses Fahrzeug ist sicher richtig.

<u>Detailberatung</u>
<u>Seite 1</u>

F. Marty, CVP, findet es schade, dass man die Bemerkung über den Rotkreuzfahrdienst in die Vorlage genommen hat, ohne vorher mit den betroffenen Fahrern zu sprechen. Er weiss auch nicht, warum es dazu eine Ergänzung braucht, das ist für ihn unerklärlich. Zu diesen Preisen kann die Stadt nicht fahren. Es sind 9 Fahrer, diese fahren 15‘500 km pro Jahr. Er hat den Eindruck, es braucht zwei Autos um den Altersheimbus bzw. Waldkindergartenbus frei zu spielen.

R. Meile kann nicht mehr sagen, als er bereits gesagt hat. Es wäre nur eine Ergänzung, es ist keine Konkurrenzierung. Bereits jetzt kam teilweise der Altersheimbus zum Einsatz, aber mit diesem Fahrzeug können nur wenige Personen fahren, ab 2013 gibt es dazu noch neue Vorschriften. Bei einer Anfrage würde zuerst an den Rotkreuzdienst verwiesen.

Seite 2, Punkt 5
F. Marty möchte wissen, welche Möglichkeiten für eine private Benutzung vorgesehen sind.

E. Böhni erzählt, dass er Familienangehörige hat, die im Altersheim im Rollstuhl sind. Als er mit seiner Mutter an eine Beerdigung musste, hatte er den Altersheimbus durch den Heimleiter ausgeliehen bekommen. Für solche privaten Nutzungen soll das neue Fahrzeug zur Verfügung stehen.

Beschluss:

Der Einwohnerrat genehmigt einstimmig den Kredit von Fr. 62‘900.- zur Anschaffung von zwei Spitexfahrzeugen für die Spitex Bezirk Stein und dankt der Jakob und Emma Windler-Stiftung für die grosszügige Unterstützung.

Mitteilung an
René Meile, Sozialreferent
Peter Keller, Leiter Alter & Gesundheit
Zentralverwaltung
Ablage

SOZIALES, Heime, Betrieb Alters- und Pflegeheim 08.25.000

4. Alters- und Pflegeheim, Ersatz und Anschaffung von Sanitätsmaterial, Kreditgenehmigung

R. Meile, Sozialreferent, teilt mit, dass es sich auch bei dieser Vorlage um ein Geschenk der Jakob und Emma Windler-Stiftung handelt. Anlässlich eines Rundgangs mit dem Stiftungsrat anfangs November 2011 konnten verschiedene Sachen vorgestellt werden. Das Altersheim hat z.B. sehr alte Rollstühle, zum Teil 25jährig. Für den Weg ins Städtchen funktionieren diese noch, aber für den Heimweg sind diese schweren Stühle nicht optimal. Dies wurde als Projekt vorgestellt und die Stiftung hat dann zugesagt, die Stadt zu unterstützen. Es geht um den Ersatz von Rollatoren, Rollstühle (davon zwei mit Motor), Pflegeduschstühle und therapeutische Bewegungssessel. Eine detaillierte Liste war für die Interessierten in den Akten. Eine Zusammenstellung der Kosten durch den Heimleiter mit der Pflegedienstleiterin ergibt den Betrag von Fr. 81‘127.-. Material, das den Anforderungen bei uns nicht mehr genügt, ist bei Dr. Herbert Aschwanden in Afrika noch herzlich willkommen und wird falls noch funktionstüchtig dorthin verschenkt. Die Finanzierung ist durch die Stiftung zugesichert und er bittet diesem Antrag auch zuzustimmen.

Eintreten
F. Marty, CVP, erklärt, die bürgerliche Fraktion habe sich mit der Vorlage befasst, für sie eine etwas spezielle Vorlage. Sie haben das Gefühl, diese Vorlage ist gekommen, da diese durch die Windler-Stiftung finanziert wird und wenn die Stiftung nicht bezahlen würde, würden die Anschaffungen nicht getätigt. Ansonsten hätte man die Anschaffungen ja auch ins Budget nehmen können. Dies ist selbstverständlich keine Kritik, dass keine neuen Materialien gebraucht würden, sie gönnen dies den Bewohnern des Altersheims. Aber das Vorgehen finden sie nicht gerade professionell. Sie werden aber selbstverständlich zustimmen.

R. Vetterli, parteilos, findet diese Anschaffungen seien nötig und sinnvoll. Die SP-Fraktion wird natürlich eintreten und dankt der Windler-Stiftung. Dies sind riesige Beträge, die die Stadt entlasten.

G. Lengwiler und die Fraktion Pro Stein werden zustimmen und sie verdanken die Finanzierung herzlich.

R. Meile möchte zur Kritik der bürgerlichen Fraktion sagen, dass die Liste, was die Stiftung alles bezahlen würde, im Einwohnerrat bereits einmal vorgestellt wurde und dieses Material dort dabei war. Aus formellen Gründen, die Verfassung schreibt dies vor, müssen die Finanzkompetenzen, auch wenn finanziert durch Dritte, eingehalten werden.

Detailberatung
Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Einwohnerrat stimmt folgenden Anträgen einstimmig zu:

1. **Der Anschaffung des Sanitätsmaterials im Alters- und Pflegeheim wird zugestimmt und die Kosten über Fr. 81'126.- genehmigt.**

Mitteilung an
René Meile, Sozialreferent
Peter Keller, Leiter Alter & Gesundheit
Zentralverwaltung
Ablage

FINANZEN, Stadtkasse, Voranschlag 02.25.005

5. Voranschlag 2013, Genehmigung (fakultatives Referendum)

R. Schäffeler, Präsident GPK, erklärt, dass die GPK den Voranschlag 2013 in mehreren Sitzungen geprüft hat. Der Voranschlag ist detailliert kommentiert und verfügt über eine sehr gute Transparenz. Sie möchten an dieser Stelle allen Beteiligten danken, insbesondere Martin Furger, Zentralverwalter, für die sehr gute Arbeit.

Die Prüfungsfeststellungen wurden an einer gemeinsamen Sitzung mit dem Stadtrat am 29. Oktober erörtert. Es wurden auch einige Korrekturen verlangt, die im vorliegenden Voranschlag so umgesetzt worden sind: Verzicht Erhebung von Bootsplatzgebühren, Anpassung der Abschreibungen im Bereich Sporthalle und Strassenbau, Reduzierung im Bereich Investitionen, Sanierung Hemishoferstrasse im Bereich Radweg.

Der Voranschlag zeigt erfreulicherweise ein positives Ergebnis. Es gibt aber diverse strukturelle Dinge, die Stein am Rhein vor weitere Herausforderungen stellen: ansteigender Bildungskostenanteil, Unterhalt Liegenschaften der Stadt, Kostensteigerung Feuerwehr und dies muss dem an und für sich positiven Ergebnis gegenübergestellt werden. Sondereffekte des positiven Ergebnisses sind Gebührenerhöhungen in einzelnen Bereichen wie Feuerwehrgebühren Fr. 83‘000, Parkplatzgebühren Fr. 120‘000. Berücksichtigt sind Prämienverbilligungen von rund Fr. 170‘000, nach der Volksabstimmungen werden diese ab 2014 die Stadtrechnung jedoch mit voraussichtlich Fr. 310‘000 pro Jahr belasten.

Prüfungsschwerpunkte lagen im Bereich Personal, Alterspflegeheim, Steuern, Gebühren, Investitionen (zeitliche Abgrenzungen) und Parkplatzfonds.

- Im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform hat die GPK schon mehrmals darauf aufmerksam gemacht, dass Engpass-Situation im Auge behalten wird und dies auch beim Stadtrat als Thema im nächsten Jahr hinterlegt.
- Feuerwehrgebühren: Im Finanzplan hatte man die Zielsetzung von einer Kostendeckung von 80%, diese wird mit einer Gebührenerhöhung erreicht werden.

- Bildung: Die Kosten sind in den letzten beiden Jahren gestiegen und betragen inzwischen mehr als 40% der Gesamtausgaben der Stadt. Die Struktur und Kostensituation der Schule muss in der nächsten Legislatur genau auf Einsparungsmöglichkeiten überprüft werden.
- Alters- und Pflegeheim: Unterhaltsausgaben werden aufgrund eines langjährigen Sanierungskonzepts als Investitionen ausgewiesen, aber mittels zusätzlicher Abschreibungen im Voranschlag 2013 zulasten der laufenden Rechnung abgeschrieben. Aufgrund der zunehmenden Komplexität der Abrechnung des Alters- und Pflegeheimes erwägt die GPK für die Prüfung der Rechnung 2012 einen Spezialisten beizuziehen. Da sind sie in Diskussion mit dem Stadtrat.
- Betreffend Steuerfuss war die Mehrheit der GPK grundsätzlich der Meinung, dass der Voranschlag eine moderate Steuerfusssenkung um 1% zugelassen hätte. Aufgrund der Unsicherheit und struktureller Themen (Unsicherheit Prämienverbilligung) haben sie auf diesen Antrag verzichtet.
- Betreffend Investitionsrechnung wurde schon darauf hingewiesen, dass Investitionsvorhaben nicht periodengerecht abgerechnet werden. In diesem Voranschlag gibt es weniger Überhänge aus Vorperioden, betroffen sind noch das Pumpwerk Etzwilen und das Strandbad. Gerade bei diesem Investitionsvorhaben bittet die GPK, die Folgekosten im Blick zu behalten. Nach wie vor fehlt unterjährig eine regelmässige Verpflichtungskreditkontrolle, welche auch eine genauere Abgrenzung der Investitionen ermöglichen würde.
- Sanierungsplan Kanalisation, Wasserversorgung muss aus Sicht der GPK laufend nachgeführt werden. Auch Kostenvoranschläge für die laufenden Projekte müssen bis zum Voranschlag 2014 vorliegen um nicht ins Risiko zu laufen, dass gewisse Subventionen nicht rechtzeitig beantragt werden können.
- Der Parkplatzfonds wurde durch eine Gebührenerhöhung im Voranschlag ins Lot gebracht. Die langfristige Ausrichtung des Fonds wurde aber damit nicht gelöst. Der Zweck war ursprünglich Erhalt und Bau von Parkplätzen. Da muss das Parkplatzfonds-Reglement wirklich nochmals überarbeitet werden betr. Priorisierung der Ausgaben, die abgerechnet werden.

Die Geschäftsprüfungskommission stellt fest, dass der Voranschlag den Vorschriften über den Gemeindehaushalt und das Rechnungswesen entspricht. Sie beantragen, den Anträgen des Stadtrates zuzustimmen.

R. Schlatter, Einwohnerratspräsident, dankt der GPK für die tadellos geleistete Arbeit.

H. Schilling, Finanzreferentin, teilt mit, dass der Stadtrat erfreut ist über den ausgeglichenen Voranschlag 2013. Dieser weist einen Einnahmen Überschuss von Fr. 83‘910 aus. Der Voranschlag geht von einem unveränderter Gemeindesteuerfuss von 95% aus sowie von einem ordentlichen Stufenanstieg für das Personal und von Dienstalter-Zulagen. Es ist jedoch kein Teuerungs-Ausgleich bei den Löhnen vorgesehen.

Bei der Budgetierung im August und September dieses Jahres war noch die grosse Unsicherheit da, wie es mit der Prämienverbilligung weitergeht. Fürs 2013 gibt die Stadt Fr. 170‘000 weniger aus für die Prämienverbilligung als im Vorjahr. In der Zwischenzeit wurde die Volksinitiative für bezahlbare Krankenkassenprämien angenommen. Dies bedeutet ab 2014 einen Mehraufwand von wiederkehrend Fr. 300‘000. Dieser Betrag wird in den Folgejahren voraussichtlich noch ansteigen. In weiser Voraussicht hat der Stadtrat beschlossen, den Steuerfuss für den Voranschlag 2013 bei 95% zu belassen. Das Eigenkapitalkonto von 3,5 Mio Fr. soll für Reserven und für genügend Handlungsspielraum in schwierigeren Zeiten bestehen bleiben und nicht Jahr für Jahr durch Prä-

mienverbilligung abgebaut werden. Der Stadtrat ist überzeugt, dass mit einem Steuerfuss von 95% der Wohnort attraktiv bleibt. In Anbetracht der grossen Herausforderungen bei den Investitionen in den kommenden Jahren sieht der Stadtrat keine Möglichkeit für eine Steuersenkung im Voranschlag 2013. Grössere Bauvorhaben wie die Sanierung des Rathauses, die SBB Unterführung, Dreifachturnhalle, zusätzlicher Schulraum und Rheinufergestaltung verlangen eine umsichtige, vorausschauende Finanzplanung. Selbstverständlich wird der Stadtrat jährlich die Frage nach einer Steuersenkung prüfen und neu beurteilen.

Der Voranschlag 2013 geht von einem Aufwand von Fr. 22‘147‘400 aus bei einem Ertrag von Fr. 22‘231‘310. Die Nettoinvestitionen belaufen sich auf Fr. 5‘213‘600. Das heisst, der Finanzierungsfehlbetrag beläuft sich auf Fr. 6‘215‘000.

Der Personalaufwand ist grösstenteils geprägt von der Verwaltungsreform. Der Einwohnerrat hat am 13. April 2012 Kenntnis genommen vom Stellenplan und den damit verbundenen Pensenänderungen. Diese Anpassungen wurden im Voranschlag umgesetzt. Reduktionen beim Stadtpräsidium, bei der Stadtpolizei und bei der Stadtkanzlei sowie eine Aufstockung bei der Bauverwaltung und beim Stadtarchiv führen beim einander Gegenüberstellen zu einer Reduktion von Fr. 90‘600.00. Da jedoch die Kita neu als städtischer Betrieb geführt wird, nimmt der Personalaufwand im Vergleich zum Vorjahresbudget um 3,8% zu.

Die Investitionsrechnung beinhaltet Bruttoinvestitionen von 13,8 Mio. Der grösste Brocken ist die Dreifachturnhalle Hoga. Weitere Vorhaben im 2013 sind die Neugestaltung des Chirchhofplatzes, eine erste Tranche bei der Strandbadsanierung, Strassen- und Werkleitungssanierungen, Wasserversorgung, Alters- und Pflegeheim, Feuerwehr und Bauamt. Wir sind in der glücklichen Lage, dass die Jakob und Emma Windler Stiftung für einen Teil der Investitionen namhafte Beiträge zusichert, vor allem bei der Dreifachturnhalle mit 45% und auch bei den Investitionen beim Alters- und Pflegeheim.

Die Fr. 980‘000, mit welchen die Jakob und Emma Windler Stiftung unser Budget entlastet, entfallen mit 60% in Form von Betreuungskosten zu Gunsten der Bewohnerinnen und Bewohner des Alters- und Pflegeheims, d.h. es ist eine Vergünstigung der Leistungen, mit 40% entlasten sie die Sozialhilfe.

Wie schon von der GPK erwähnt, nehmen die Bildungskosten laufend zu und betragen mittlerweile über 40%. Die Zunahme gegenüber dem Voranschlag 2012 beträgt 4,7%. Die zunehmende Anzahl von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Bedürfnissen macht es notwendig, die vom Kanton zur Verfügung stehende Anzahl Pensen vollständig auszuschöpfen.

Der Sachaufwand nimmt gegenüber dem Budget 2012 zu. Die anstehenden Leitbilder, Feuerwehr, Schulmobiliar, Sportlager, Kita, Revision Wärmeverbund, Schulentwicklung, Softwareanschaffung ergeben eine Zunahme von Fr. 347‘900.

Mit der GPK ist ein konstruktiver Dialog entstanden. Verschiedene Themen wie Gemeindesteuerfuss, Parkplatzfond, Feuerwehrersatzpflicht, Betriebsrechnung Alters- und Pflegeheim wurden diskutiert.

Die vom Stadtrat geplanten Gebührenerhöhungen von 30 Rp pro Stunde auf unseren Parkplätzen erlauben es, den Ausgabenüberschuss beim Parkplatzfonds zu entschärfen. Eine langfristige Ausrichtung dieses Fonds auf dessen Kernzweck, den Erhalt und Neubau von Parkplätzen, ist damit allerdings noch nicht erreicht.

Mit der Vorlage Feuerwehrreglement, welches der Stadtrat im nächsten Frühjahr dem Einwohnerrat vorlegen wird, ist eine Erhöhung der Feuerwehrersatzpflicht von 0,2%

vom steuerbaren Einkommen geplant. Mit dieser Massnahme kann der im Finanzplan angekündigte Deckungsgrad von 80% erreicht werden.

Im Weiteren diskutierte der Stadtrat mit der GPK die ausserordentliche Arbeitsbelastung in der Verwaltung im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform. Die Situation wird laufend beobachtet. Sobald alle geplanten Neuanstellungen alle erfolgt sind und die neu eigenstellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch eingearbeitet sind, kann die Lage neu beurteilt werden. Der Stadtrat dankt der GPK für die Prüfung und die daraus entstandenen wichtigen Diskussionen.

Heidi Schilling bedankt sich bei allen, die am Budget 2013 mitgearbeitet haben, allen voran dem Zentralverwalter Martin Furger, dem Stadtrat, der gesamten Verwaltung und der GPK und dem Einwohnerrat. Sie sind sich bewusst, dass unsere Stadt massgeblich entlastet wird durch die grosszügige Unterstützung der Jakob und Emma Windler-Stiftung. Ein herzliches Dankeschön geht deshalb auch an den Stiftungsrat.

Sie bittet den Einwohnerrat, den Anträgen des Stadtrates zuzustimmen.

Eintreten

W. Käser, FDP, und die bürgerliche Fraktion sind sehr erfreut, dass der Voranschlag eine ausgeglichene Rechnung vorsieht. Dies ist nicht selbstverständlich in einer Zeit, in der immer mehr Kosten vom Kanton auf die Gemeinden verschoben werden und manche Gemeinden bereits wieder an Steuererhöhungen denken müssen. Auch unsere Stadt wird in Zukunft mit zusätzlichen Kosten belastet, nicht zuletzt durch die massive Verbilligung der Krankenkassenprämien, welcher die Stimmbürger kürzlich zugestimmt haben.

Wichtig ist, dass wir auch mittelfristig in der Lage sein werden, unsere Infrastruktur zu erhalten und wenn nötig zu erneuern, Er denkt dabei nicht nur an die Wasserversorgung und die Strassen, sondern auch an die Schulen. Wir werden also auch in Zukunft haushälterisch mit unseren Mitteln umgehen und das Notwendige vom Wünschbaren Unterscheiden müssen. Dabei unterstützt uns die Jakob und Emma Windler-Stiftung, welche Mittlerweilen über 800‘000 Franken Sozialkosten mitträgt. Der finanzielle Spielraum der Stadt wäre ohne diese Hilfe schnell erschöpft. Wir dürfen der Stiftung also dankbar sein, müssen uns aber auch der Risiken einer solchen Spezialfinanzierung bewusst bleiben.

Wir danken dem Zentralverwalter für die umsichtig geführte Rechnung. Die bürgerliche Fraktion ist für Eintreten auf die Vorlage.

Urs Weibel, SP, erklärt, dass auch seine Fraktion für Eintreten ist. Zuerst geht ein Dank an alle Beteiligten: Zentralverwalter, Stadtrat, GPK und Jakob und Emma Windler-Stiftung, welche, wie bereits erwähnt, einen massgeblichen Beitrag an die Rechnung leistet. Dadurch kann ein ausgeglichener Voranschlag vorgelegt werden, um den Stein am Rhein von einigen Gemeinden sicher beneidet wird. Es ist nicht selbstverständlich, einen ausgeglichenen Voranschlag präsentieren zu können. Die Politik des Kantons ist es, die Kosten auf die Gemeinden herunter zu wälzen.

Die bereits erwähnten Gebührenerhöhungen erachten sie als vertretbar. Sie schätzen das Bestreben des Stadtrates, einen wirklich ausgeglichenen Voranschlag zu präsentieren, es wird versucht wo Mehrausgaben kommen, dies mit Minderausgaben auszugleichen. Das hat nach seiner Meinung die Folge, dass die Kongruenz zum Finanzplan nicht mehr so da ist, dass die Abweichung zum Voranschlag 2013 und dem Finanzplan zwischen 2 und 80% liegt, in Zahlen zwischen Fr. 6‘000 und knapp Fr. 300‘000 auf der laufenden Rechnung. Bei der Investitionsrechnung will er diesen Vergleich gar nicht anstellen. Das bedeutet, dass falls das Instrument, auf welches der Einwohnerrat lange

gewartet hat und der Stadtrat sich Mühe gegeben hat, es zu erarbeiten, seine Zielfunktion halten soll, muss es aktualisiert werden und der Einwohnerrat allenfalls wieder auf den neuesten Stand gebracht. Gerade bei strukturellen Änderungen, die klar jedes Jahr zu einer Mehrbelastung führen und die man versucht, in anderen Bereichen zu kompensieren, da muss genau betrachtet werden, was davon betroffen ist, seien es Mehr- oder Minderausgaben. Es zeigt auch, wie im Kommentar erwähnt, dass noch einige Punkte offen sind: namentlich Unterhaltskonzept, Kehrichtentsorgung und weitere Punkte. Dies gilt auch bei den Investitionen wie Rathaus, Eggli Areal, die hier jetzt nicht, im seinerzeit Finanzplan vorgesehen, enthalten sind.

Sie sind klar der Meinung, dass eine weitere Steuerfusssenkung kein Thema ist mit den Prämienverbilligungen und Mehrbelastungen im Bereich Altersheim, welche der Kanton einmal mehr sehr kurzfristig auf die Gemeinden umlagert, sodass die Gemeinden nicht einmal die Gelegenheit hatten, diese im Budgetprozess zu berücksichtigen. Zudem wurde auch noch für Tempo-30 ein Betrag gesprochen. Die Investitionen Hoga und der Bereich Wasser/Abwasser müssen Vorrang haben. Wenn dann vielleicht ein anderes Projekt hinten angestellt wird, damit können sie leben. Sie sind für Eintreten.

A. Ullmann, Pro Stein, teilt mit, dass die Arbeitsgemeinschaft Pro Stein den Voranschlag 2013 kritisch geprüft hat und sie einstimmig für Eintreten sind. Vier Themen haben zu vertieften Diskussionen geführt. Auf diese wird er sich beim Eintreten beschränken. Beim einen oder anderen werden sie auch entsprechende Anträge stellen.

1. Handlungsfreiheit Einwohnerrat: Vor einer Woche wurde über ein zukünftiges flexibleres und effizienteres Modell der Behandlung von Geschäften durch Stadtrat und Einwohnerrat gesprochen. Dies hätte unter anderen zur Folge, dass nicht jedes Geschäft durch eine stadträtliche Kommission behandelt würde. Einzelne Geschäfte würden durch einwohnerrätliche Ausschüsse oder ähnlich überprüft. Hierzu hat der Einwohnerrat faktisch keine Budgetkompetenz bzw. finanzielle Kompetenz. Der Stadtrat kann jederzeit in eigener Kompetenz Kredite sprechen, dies kann der Einwohnerrat nicht. Zudem kam die GPK bei der Beurteilung der Rechnung zum Schluss, dass sie zur Prüfung der Rechnung des Alters- und Pflegeheims im nächsten Jahr gerne eine Fachperson zuziehen würde. Somit ist schon einmal klar, dass die GPK Finanzbedarf hat. Deshalb werden sie den Antrag stellen, dass bei Position Verschiedenes unter Einwohnerrat der Betrag von Fr. 1‘000 auf Fr. 20‘000 erhöht wird, damit der Einwohnerrat eine gewisse eigene Handlungskompetenz hat.

2. Betreffend Parkplatzfonds sind sie nicht gleicher Meinung wie die GPK. Sie empfinden das, was jetzt passiert eher als Trauerspiel. Anstelle einer Verbesserung ist es eher eine Verschlimmbesserung. Auf der einen Seiten hat man die Parkplatzgebühren angepasst, was als gute Idee betrachten wird, um zu mehr Einnahmen zu führen. Diese Anpassung war seinerzeit vorgesehen als flankierende Massnahme zum Parkhaus und nicht als isolierte Massnahme. Im Namen einer Vereinheitlichung könnte man dazu noch ja sagen. Als nächsten Schritt hat man dann aber noch weitere Ausgaben in den Parkplatzfonds gepackt, sodass man wieder auf null kommt. Aus seinem Dafürhalten ist dies ein Schildbürgerstreich. Diesen Aufwand muss man eigentlich gar nicht betreiben. Man verschiebt einfach Beträge zwischen der stadträtlichen Rechnung hin und her. Er stellt ernsthaft in Frage, ob man die Fr. 33‘000 für die Weihnachtsbeleuchtung und, was noch etwas mehr Sinn macht, die Kehrichtaufwendungen, die durch den Tourismus entstehen, in den Parkplatzfonds nimmt. Dazu möchte er in der Detailberatung auch gerne die anderen Fraktionen hören. Ansonsten würde er den Antrag stellen, dass bis dieser überprüft worden ist, diese zwei Ausgaben nicht dem Parkplatzfonds belastet werden.

3. Belastung der Laufenden Rechnung durch Erhalt der Investitionen der Jakob und Emma Windler-Stiftung. Man hat jetzt heute sehr viel Gutes gehört und dies ist unumstritten der Segen durch die Stiftung, die Entlastung, die sie bringt im Bereich Soziales und Kultur. Dieser Betrag ist bislang auf knapp 1 Mio. pro Jahr angewachsen. Dies ist ein sehr grosser Verdienst und muss verdankt werden. Auf der anderen Seite unterstützt uns die Jakob und Emma Windler-Stiftung bei grossen Investitionen. Wäre die Stadt eine private Unternehmung, würde die Rechnung ganz anders aussehen. Die Stiftung hat uns in den letzten 10 Jahren mit 100 Mio. Investitionen unterstützt (Burg, Asyl, Pflästerung). Wenn man das auf dem ursprünglichen Stand behalten will, müsste man 2-3% hiervon jährlich für den Unterhalt zurückstellen, d.h. 2-3 Mio. jährlich. In 10 Jahren würde sich das dann verdoppeln, das wäre dann gut 1/3 – 1/2 der Steuereinnahmen. Er möchte nicht sagen, dass man heute schon ein Alarmzeichen setzen muss, aber irgendwann wird man zum Schluss kommen, dass man sich die Schenkungen der Stiftung nicht mehr leisten kann, da man den Erhalt nicht mehr aus der Laufenden Rechnung finanzieren kann. Dies wurde bereits einmal vor einer Woche diskutiert und da ist der Stadtrat auch gefordert, dies mit der Jakob und Emma Windler-Stiftung ernsthaft aufzunehmen. Es geht nicht um den Unterhalt sondern um den Erhalt der Schenkungen. Die Stadtpräsidentin selber kam auf die Idee, den Fonds, den die Stiftung äufnen sollte, Erhaltungsfonds zu benennen. Erhaltung dürfte eher dem Stiftungszweck entsprechen als Unterhalt. Das möchte er dem Einwohnerrat für die Zukunft noch mitgeben.

4. Steuerfuss: Aus zwei Gründen sind sie zum Schluss gekommen, den Antrag zu stellen, den Steuerfuss auch dieses Jahr um 1% zu senken.

   - Die momentane Verfassung der Rechnung. Im Voranschlag wird davon gesprochen, dass kein Licht am Ende des Tunnels sichtbar ist. Wenn wir uns jetzt im Moment im Dunkeln befinden, dann möchte er wissen, wie es aussieht, wenn es einmal hell wird. Denn in den letzten Jahren, und da ist die Übersicht auf Seite 2 völlig irreführend, haben wir nicht nur Überschüsse generiert von ca. 2,7 Mio. (es wird dann noch erwähnt, dass es immer weniger geworden ist), aber neben diesen 2,7 Mio. Überschuss haben wir seit 2006 3,5 Mio. Einlagen in Spezialfinanzierungen gemacht, viel mehr als die eigentlichen Überschüsse in der laufenden Rechnung und 4,4 Mio. ausserordentliche Abschreibungen. Die Finanzkraft der letzten Jahre war massiv. Der Steuerfuss wurde in den letzten Jahren um 15 Punkte gesenkt, davon waren 6 Punkte mit dem Kanton ausgetauscht worden, also keine Erleichterung für den Steuerzahler, so bleiben noch 9 Punkte. Die Windler-Stiftung unterstützt die Stadt mit knapp 1 Mio. Fr., dies sind alleine etwa 12 Punkte. Man hat also fast mehr finanzielle Mittel von irgendwoher generiert, als man den Steuerfuss gesenkt hat. Nicht zu reden ist von den Gebühren, dies ist der zweite Grund, dass sie für eine Steuerfusssenkung sind. Es wird immer davon gesprochen, dass ab nächstem Jahr die Prämienverbilligung kommen wird, die das Volk so gewollt hat. Dies ist ein Betrag von Fr. 310‘000, welcher im nächsten Jahr auf uns zukommen wird. Aber es wurde erwähnt, dass bereits jetzt in der Rechnung Gebührenerhöhungen enthalten sind (allein der Feuerwehrpflichtersatz beträgt Fr. 83‘000, Parkgebühren Fr. 170‘000) und es ist bereits jetzt schon angekündigt, dass man auf das nächste Jahr andere Gebühren anschauen wird wie Kehrichtgebühren, Baubewilligungsgebühren, Bootsplatzgebühr etc. Im Moment ist er noch nicht überzeugt, dass es der Stadt schlecht geht und im Moment lässt es die Rechnung zu, dass man an dieser Strategie festhält. Deshalb werden sie den Antrag stellen, den Steuerfuss auch dieses Jahr um 1% zu senken.

Auf die übrigen Belange will er nicht weiter eingehen. Die Pro Stein bedankt sich bei der Verwaltung für die ausführlich kommentierten Budgetzahlen. Ein grosser Dank gebührt auch der GPK, welche das Budget im Detail vorgeprüft hat und dadurch wesentliche Änderungen in Absprache mit dem Stadtrat bereits eingeflossen sind. Sie unterstützen auch die Bestrebungen der GPK hinsichtlich Verpflichtungskreditkontrolle und möchten auch erwähnen, dass die GPK nicht nur auf Kostenkontrolle fixiert ist, sondern letztlich auch an der Funktionstüchtigkeit der Verwaltung interessiert ist. Sie macht nämlich auch den Hinweis, dass durch die Verwaltungsreform Einzelpersonen in der Verwaltung überbelastet sind, namentlich der Zentralverwalter und der Stadtschreiber, und dass man dem Beachtung schenken muss und nötigenfalls dort für eine temporäre Entlastung sorgt.

Detailberatung

Seite 110/111 Bericht GPK
Keine Wortmeldung

Seite 3
A.Ullmann möchte wissen, wie die anderen Fraktionen über den Parkplatzfonds denken. Speziell geht es ihm um die zwei zusätzlichen Positionen Weihnachtsbeleuchtung und Kehrichtentsorgung. Auch wenn dies durchdacht ist, im Sinne einer längerfristigen Angelegenheit passiert und durch die GPK überprüft wurde, scheint ihm das im Moment eine falsche Entwicklung. Er zieht es in Erwägung, den Antrag zu stellen, diese beiden Belastungen zurückzuweisen.

W. Käser fühlt sich angesprochen und hätte diese Frage zu einem späteren Zeitpunkt gestellt. Wieso heisst der Parkplatzfonds eigentlich Parkplatzfonds nachdem alles, wirklich alles wie Weihnachtsbeleuchtung, Wanderwege etc. aus dem Parkplatzfonds finanziert wird, obwohl der ja eigentlich leer ist oder immer leerer wird. Da würde er anregen, den Fonds umzubenennen in „Fonds für Alles“.

U. Weibel erklärt, dass auch seine Fraktion der Meinung ist, dass man über den Parkplatzfonds diskutieren muss. Die beiden Punkte, die jetzt neu in den Fonds kommen, entsprechen ja eigentlich dem Fonds-Reglement. Grundsätzlich muss diskutiert werden, was haben wir für eine Strategie betreffend Parkhaus, Parkplätze in Stein am Rhein. Er persönlich ist der Meinung, es gibt kein Parkhaus und der Fonds generiert Einnahmen und Ausgaben und ist Ende Jahr wieder bei null. Aber da müsste zuerst einmal Parkhaus ja/nein diskutiert werden und bei dieser Diskussion auch die einzelnen Beiträge, die in den Fonds kommen und gehen überdenkt. Allenfalls müssen Prioritäten gesetzt werden, was bevorzugt behandelt werden muss. Wenn man nicht weiss, in welche Richtung sich der Fonds entwickeln soll, dann ist es jetzt nicht unbedingt nötig, die Laufende Rechnung mit diesen Beträgen zu belasten. Die grundsätzliche Diskussion müssen definitiv die Nachfolger im Einwohnerrat führen. Der Stadtrat hat sicher auch schon seine Ideen, in welche Richtung sich der Parkplatzfonds entwickeln soll.

R. Schlatter, Einwohnerratspräsident, weist darauf hin, dass der Parkplatzfonds in jeder Budgetsitzung diskutiert wird. Er denkt auch, dass die Zeit reif ist, diesen Fonds neu zu strukturieren und zu definieren. Er möchte den Auftrag am liebsten an die GPK und dem neuen Finanzreferenten übergeben, um dies zusammen mit dem Einwohnerrat neu zu ordnen.

H. Schilling erklärt, dass im Fonds-Reglement der Tourismus und der Verkehr beinhaltet sind und gerade eine Weihnachtsbeleuchtung natürlich auch sehr touristisch ist und das Leeren der Abfallkörbe ein gutes Bild des Städtchens vermitteln soll. Stein am

Rhein hat keine Kurtaxen und irgendwie ist das Reglement so erstellt, dass es auch einen touristischen Zweck und den öffentlichen Verkehr erfüllt. Daher schaut sie die beiden Posten als gerechtfertigt an.

F. Marty, CVP, bestätigt, dass es wirklich so ist, dass es fast nichts gibt, was man gemäss Reglement nicht dem Parkplatzfonds belasten kann. Und wenn er leer ist und man ihn nur mit Parkplatzgebühren äufnen kann, dann erhöht man halt die Gebühren, das ist auch eine Taktik. Die Finanzreferentin hat die Weihnachtsbeleuchtung angesprochen, die auch daraus finanziert wird. Er möchte einfach festhalten, dass weder der Einwohnerrat noch sonst jemand dieser je zugestimmt hat. Man nimmt jetzt einfach die jährlichen Kosten für die Befestigung dort heraus. Dabei möchte er auch noch erwähnen, dass der kleinere Teil der Weihnachtsbeleuchtung der teuerste ist. Einen Teil der Weihnachtsbeleuchtung bezahlt nämlich immer noch der Gewerbeverein, das sind alle Christbäume in der Stadt. Der Forst stellt diese auf, die Beleuchtung bezahlt der Gewerbeverein. Er meint, der Name dieses Fonds sei falsch, er müsste Tourismusfonds oder irgendwie heissen. Aber wenn man noch mehr in den Fonds packt und einfach wieder die Parkgebühren erhöht um diesen zu äufnen, dies ist eine spezielle Taktik.

M. Furger, Zentralverwalter, möchte etwas zu den Zahlen sagen, nicht dass der Eindruck entsteht, man finanziere mit dem Fonds einfach alles, was nicht dem Zweck entspricht.

Der Fonds hat drei Zwecke: Unterhalt der Parkplätze, Bau von neuen Parkierungsanlagen, Unterhalt der touristischen Infrastruktur und Förderung des öffentlichen Verkehrs. In den letzten Jahren hat man aus dem Fonds finanziert: Parkplatz Hettler Fr. 84‘000, Parkplatz Huber Fr. 184‘000, Parkplatz Lieb Fr. 193‘000, Sanierung der Schmalzhalle (mit Zustimmung Einwohnerrat) Fr. 107‘000, Parkplatz Schützenhaus Fr. 142‘000, also über Fr. 700‘000 für den Bau und Unterhalt von Parkierungsanlagen.

Das andere Probleme sind die Planungskosten Parkhaus Untertor von Fr. 600‘000. Diese sind angefallen und man hat vorgesehen, diese Planungskosten aus den Einnahmen aus dem Betrieb des Parkhauses zu finanzieren. Das Parkhaus kam nicht, die Einnahmen fehlen und jetzt müssen die Fr. 600‘000 Planungskosten finanziert werden. Man hat den Stimmberechtigten versprochen, dass der Bau des Parkhauses keine Steuergelder beansprucht und jetzt müssen sie eine andere Möglichkeit der Finanzierung haben und dies ist der Parkplatzfonds. Die Finanzierung dieser Kosten belastet den Parkplatzfonds jährlich wiederkehrend die nächsten 10 Jahre mit Fr. 75‘000. Wenn diese Planungskosten abgeschrieben sind, gibt es jährlich einen Überschuss mit dem der Fonds geäufnet werden kann. Aber es ist jetzt eine ausserordentliche Situation mit diesen Planungskosten, da die Einnahmen fehlen, um diese zu finanzieren.

Drittens gibt es auf 2013 eine Gebührenanpassung, um die zusätzlichen Ausgaben zu finanzieren, die durchaus dem Zweck entsprechen. Es ist keine generelle Erhöhung, und diese ist moderat im Vergleich zu anderen Gemeinden,

A. Ullmann fehlt ein wenig der Glaube, denn die Investitionen, die Martin Furger aufgezählt hat, haben die Benutzer vor 10 Jahren finanziert. Der Parkplatzfonds war um das Jahr 2000 auf über 1 Mio. Fr. und die genannten Investitionen sind aus diesem Betrag bezahlt worden. Gleichzeitig hat man dem Parkplatzfonds immer mehr aufgebürdet, sodass der Fonds letztendlich auf null geschrumpft ist. Und jetzt, wo man die Gebühren erhöht, packt man noch mehr hinein. Diese Strategie geht für ihn nicht auf und da müsste man nochmals genauer über die Bücher. Sonst sieht es für ihn auch eher aus wie eine Tourismus-Betreibungs-Rechnung. Und dies kann auch eine Strategie sein: wir legen die Parkplatzgebühren so fest, dass diese und diese und diese Gebühren gedeckt sind.

Seite 6, 012 Einwohnerrat 319.00 Verschiedene Ausgaben

A. Ullmann stellt den Antrag den Betrag von Fr. 1‘000 auf Fr. 20‘000 zu erhöhen, um dem Einwohnerrat eine gewisse Flexibilität zu ermöglichen z.B. im Zusammenhang mit dem Spezialisten für die Rechnungsprüfung Altersheim.

U. Weibel möchte wissen, ob A. Ullmann vorhat, die anderen stadträtlichen Kommissionen um diesen Betrag zu reduzieren.

A. Ullmann hat dies nicht so geplant. Es geht darum, dem zukünftigen Einwohnerrat eine gewisse Flexibilität zu ermöglichen. Es gibt die Position, wo der Stadtrat Fr. 3‘000 hat für den Beizug von Fachpersonen (013 Stadtrat 319.00 Verschiedene Ausgaben). Also der Stadtrat selber hat Geld für einen ähnlichen Zweck. Er möchte dem Stadtrat diesen Spielraum nicht nehmen, er hat ja grundsätzlich noch viel weitergehende Möglichkeiten.

W. Käser möchte wissen, wie A. Ullmann auf den Betrag von Fr. 20‘000 kommt. Wurde dies berechnet oder steht der Betrag einfach so im Raum.

A. Ullmann muss offen sagen, dass es sich um einen Daumensprung handelt. Letzte Woche wurde über ein mögliches Zusammenarbeits-Konzept gesprochen und dazwischen hat er keine Erkundigungen eingeholt. Es ist mehr ein symbolischer Betrag und eine Starthilfe, damit der Einwohnerrat nicht sofort mit einem Kreditantrag zum Stadtrat muss.

R. Schlatter erläutert, dass dies aus der Diskussion entstanden sei, dass der Einwohnerrat Kommissionen bilden kann und die mögliche Finanzierung vorhanden ist, da diese im Budget nicht vorgesehen ist.

M. Furger wendet ein, es sei ein Irrtum, wenn A. Ullmann meine, er könne unter dem Einwohnerrat einen Betrag budgetiere und könne diesen Betrag dann ausgeben, dies widerspreche der Verfassung. Der Stadtrat beschliesst die Ausgaben, der Einwohnerrat beschliesst das Budget. Der Einwohnerrat kann die Fr. 20‘000 beschliessen, der Betrag wird ins Budget aufgenommen, aber wenn es darum geht, das Geld auszugeben, muss diese Ausgabe durch den Stadtrat beschlossen werden. Natürlich wird dieser die Ausgabe auf Wunsch des Einwohnerrates beschliessen, aber formell hat der Einwohnerrat keine Kompetenz, um Ausgaben zu beschliessen. Alle Ausgaben wie Sitzungsgelder etc. sind im Besoldungsreglement festgelegt und der Einwohnerrat hat die Möglichkeit Kommissionen zu bilden und die Mitglieder haben Anspruch auf Entschädigung gemäss Reglement. Wenn der Einwohnerrat aber einen Experten zuziehen will, der Fr. 10‘000 kostet, muss er dies beim Stadtrat beantragen und der Stadtrat beschliesst diese Ausgabe. Man kann dies budgetieren, aber schlussendlich ist es Sache des Stadtrates. Die Fr. 20‘000 würden auch der Kompetenz des Stadtrates entsprechen. Bis jetzt war die Politik, nicht irgendwelche Beträge ins Budget aufzunehmen von denen man nicht weiss, was man mit ihnen macht. Er schlägt vor, den Betrag so zu belassen und wenn man dann einen externen Berater braucht, dem Stadtrat aufgrund einer Offerte einen Antrag zu stellen. Das wäre für ihn der bessere Weg.

A. Ullmann antwortet, das sei sicher richtig vom Weg her. Er könne sich aber daran erinnern, dass während der letzten Amtszeit auch einmal eine einwohnerrätliche Kommission hätte gebildet werden sollen und es seinerzeit hiess, es gibt kein Budget. Damit war das Thema erledigt. Er hofft, dass die Zusammenarbeit in Zukunft anders funktionieren wird und er könnte damit leben, dass der Einwohnerrat einen Antrag stellt und der Stadtrat dann die finanziellen Mittel zur Verfügung stellt, wenn es dann auch klappt. Er hätte gerne noch eine Aussage von Seiten Stadtrat dazu.

C. Eimer erklärt, dass der Ablauf wie ihn Martin Furger vorher erklärt hat, für sie völlig klar sei. Wenn der Einwohnerrat eine Kommission gründen möchte und dazu Fachpersonal braucht, kann ein Antrag gestellt und darüber verfügt werden. Sie findet es auch falsch, wenn man einen Betrag ins Budget stellt, den man evtl. braucht und evtl. auch nicht.

R. Schlatter schlägt vor, dass man es für das nächste Jahr so laufen lässt wie bisher und wenn man dann feststellt, dass es nicht funktioniert für das übernächste Jahr einen Betrag ins Budget stellt, um es dem Stadtrat zu erleichtern, die Beträge zu sprechen.

Für **R. Vetterli** stellt sich die Frage, ob die Chance einer Bewilligung grösser wäre, wenn die Fr. 20‘000 ins Budget gestellt würden. Falls nein, kann man es auch weglassen.

H. Schilling erklärt, dass die Philosophie gilt, dass aufgrund von konkreten Offerten budgetiert wird, dies ist hier nicht der Fall. Es wurde ja auch schon darüber diskutiert, ob der Stadtrat Planungskosten von Fr. 50‘000 ins Budget aufnehmen soll. Darauf wurde verzichtet, da im Moment nichts Konkretes vorliegt. Auch sie schlägt vor, dass der Einwohnerrat einen Antrag stellt und der Stadtrat diesen abwägt und bewilligt, wenn er Sinn macht.

U. Weibel ist froh, dass A. Ullmann diese Diskussion angeregt hat, dass es im Einwohnerrat mit Anwesenheit der Öffentlichkeit thematisiert wird und auch im Protokoll festgehalten ist. Er geht davon aus, dass die ganzen Strukturdiskussionen noch geführt werden müssen und dies in irgendeiner Form eine Vorlage geben wird und dann auch ein gesicherter Finanzbedarf vorliegt. Er würde vorschlagen, dass A. Ullmann seinen Antrag zurückzieht. Auch die zukünftigen Einwohnerräte wissen nun, was auf sie zukommt und es kann dann nächstes Jahr sauber ins Budget aufgenommen werden.

A. Ullmann ist bereit, auf den Antrag zu verzichten, wenn der Stadtrat versichert, dass er einen möglichen Antrag für eine Fachperson nicht aufgrund des fehlenden Budgets zurückweist.

B. Hug möchte sich als zukünftiger Finanzreferent auch gerne kurz äussern. In seinen Augen ist es nicht nötig, diese Position hineinzunehmen. Projektbezogen würden die Fachleute ja zur Verfügung stehen, da der Projektierungskredit sicher so etwas beinhaltet. Viele Fachleute stehen zudem kostenlos vom Kanton zur Verfügung bei Rechtsfragen etc. Es muss genau abgeklärt werden, ob der Einkauf eines teuren Experten wirklich nötig ist. Sollte das aber so sein, wird der Stadtrat dem sicher zustimmen.

A. Cantieni findet, das Problem müsse schon noch genauer angeschaut werden. Denn es könne nicht sein, dass der Einwohnerrat eine Kommission bilden will und der Stadtrat kann dies, weil es ihm nicht passt, wegen der fehlenden Finanzierung ablehnen.

A. Ullmann möchte die Diskussion nicht mehr verlängern. Es wurde genug gesagt. Er hört die Bereitschaft auf beiden Seiten, dies infolge der Verwaltungsreform anzuschauen, der Stadtrat wird sich nicht querstellen.

Der Antrag wird zurückgezogen.

<u>Seite 12, 029 Übriger allgemeiner Aufwand, 317.00 Repräsentationskosten</u>

F. Marty hat mit Verwunderung festgestellt, dass nur noch Fr. 12‘000 budgetiert sind. Die ausgeschöpften Kosten der Vorjahre betragen Fr. 29‘000, Fr. 36‘000, Fr. 27‘000. Der frühere Stadtpräsident hat 90% gearbeitet, jetzt ist es noch ein 50% Pensum, aber die Differenz auf Fr. 12‘000 findet er enorm. Er findet es auch speziell, und so steht es auch im Begleittext, dass man eigentlich gar nichts mehr oder nicht mehr viel macht, selbst Anfragen der Regierung nicht mehr alle wahrnimmt. Deshalb stellt er den **Antrag, die Repräsentationskosten um Fr. 3‘000.- auf Fr. 15‘000.-** zu erhöhen.

C. Eimer erklärt, dass sie aufgrund der gesenkten Stellenprozente nicht mehr so viel im Rathaus anwesend ist wie der Vorgänger. Aber natürlich werden trotzdem ganz klar die offziellen Anfragen zu 100% durchgeführt. Sie kann sich auch durch ihre Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat vertreten lassen und muss nicht immer persönlich anwesend sein. Es wird darauf geachtet, dass eine gute Vertretung der Stadt gegen aussen existiert. Aber es kann nicht sein, dass man bei jedem einzelnen Verein, der anfragt, einen Empfang macht mit Apéro etc. und dem einheimischen Gewerbe auch noch eine der Existenzgrundlagen nimmt. Deshalb stehen die Fr. 12‘000 im Budget und dann sieht man, wie sich die Situation entwickelt.

F. Marty hört einfach aus Schaffhausen keine guten Zeichen und Stein am Rhein versinkt so in der Versenkung. Es ist ihm klar, dass nicht jeder Verein empfangen werden kann, aber er meinte, wenn die Regierung anfragt, dann sollte man dies machen. Deshalb hält er an seinem Antrag fest.

C. Eimer möchte wissen, um was es konkret geht. Alle Anfragen der Regierungsräte, des Bundes, von kantonalen Stellen wurden immer willkommen geheissen, sie waren immer da.

F. Marty hält an seinem Antrag trotzdem fest.

C. Eimer entgegnet, wenn F. Marty einen konkreten Vorfall nennt kann, dann nimmt sie dies entgegen, ansonsten ist muss sie die Äusserung energisch zurückweisen.

Antrag F. Marty, CVP
Im Budget 2013 wird unter Punkt 029 Übriger allgemeiner Aufwand, 317.00 Repräsentationskosten, der Betrag um Fr. 3‘000.- auf Fr. 15‘000.- erhöht.

Dem Antrag wird mit 4 Ja-Stimmen zu 3 Nein-Stimmen zugestimmt.

Seite 16, 106 Marktwesen, 434.01 Gebühren Jahrmarkt
F. Marty weist darauf hin, dass im Kommentar steht, man wolle die Gebühren erhöhen. Er möchte einfach beliebt machen, nicht die Vermietungsgebühr zu erhöhen, denn das trifft vor allem wieder die Vereine, sondern die Standgebühr, z.B. am Jahrmarkt, denn diese sind in Stein am Rhein rekordverdächtig tief.

E. Böhni erklärt, dies sei so angedacht.

Seite 24, 210 Primarschule, 302.00 Besoldungsanteile u. Gemeindezulagen Lehrkräfte
F. Marty möchte wissen, mit wie vielen Pensen die 162 Schüler in der Primarstufe bearbeitet werden. Wie viele Klassen beinhaltet das nach dem gängigen Zwergschul-Prinzip?

H. Schilling informiert für das Schuljahr 2013/14 seien 5 Unterstufen- und 4 Mittelstufen-Klassen geplant, insgesamt also 9 Klassen.

F. Marty stellt den Antrag, die Klassen auf 8 zu reduzieren bzw. die Fr. 1‘026‘600 um Fr. 47‘500 zu reduzieren, d.h. ab August 2013 eine Klasse weniger zu führen.

Dies ist möglich wenn man in der Unterstufe folgendes macht, auch weiter verfolgbar für die Mittelstufe: 3 Klassen à 23 Schüler nimmt, da ist man immer noch 2 Kinder unter den gesetzlichen Vorgaben, man nimmt danach 6 Erstklässler, 7 Zweitklässler und 5 Drittklässler ergibt 18 Schüler für eine vierte Klasse und man spart die fünfte Klasse. Dies auch als Reaktion auf die GPK, die der Meinung ist, dass man im Schulbereich etwas ändern muss. Nicht zuletzt auch im Hinblick auf die kantonale Diskussion in diesem Bereich, die von den sozialdemokratischen Lehrern im Kantonsrat gekommen ist, dass man die Kinderzahlen erhöhen sollte und nicht nur an den Lektionen sparen.

H. Schilling erklärt, es gäbe eine Klassenplanung, diese wird in der Schulbehörde durchgeführt, geht an den Stadtrat und dann an den Kanton und der Kanton genehmigt

dann die Klassenplanung nach den gängigen Schülerzahlen. Wenn der Kanton die Klassengrössen verändert, dann ist es selbstverständlich, dann muss sich auch Stein am Rhein daran halten. Tatsache ist, dass Stein am Rhein eine Integrative Schulform hat und eine Klassengrösse von 18 Schülern, teilweise sind es 19, und dies ist so auch ok. Aber sie können nicht auf 23/24 Schüler aufstocken. Jahrgangsklassen wurden untersucht, die Zahlen geprüft und man müsste trotzdem gemischte Klassen führen, da es ganz verschieden grosse Jahrgänge gibt. Zudem sind im Schulhaus Schanz die Klassenzimmer so klein, dass es gar nicht ginge und es entspräche in keiner Art und Weise der heutigen Form wie unterrichtet wird. Die Richtwerte von 18 Schülern bei integrativer Schulform sind vorhanden. Es sind einige Sonderschüler integriert, die Einschulungsklasse ist integriert. Wenn man zum alten System mit Kleinklassen und Einschulungsklasse zurückgehen würde, wären es auch so viele Klassen. Im Moment ist es eine optimale Form mit 18/19er Klassen und so kann die Schule gut arbeiten.

U. Weibel ist gegen den Schnellschuss von F. Marty auch als Vater zweier schulpflichtiger Kinder. Unter Punkt 219/319.00 gibt es einen Posten von Fr. 30‘000 wo es um Planung im Zusammenhang mit der Schulentwicklung langfristig und Schulraumfragen geht. Es sieht dort eine Möglichkeit und auch die Verantwortung der Schule, dass sie sich auch der Finanzpolitischen Diskussion stellt. Die Frage der Grösse der Klassenführung der Frage der Finanzen gegenüber gestellt wird. Es sieht nicht die Notwendigkeit jetzt dreinzufahren sondern er sieht den Platz in der Planung, auch zusammen mit dem Schulraum. Die Bildung darf sich generell und auch nicht in Stein am Rhein diesen Diskussionen verschliessen. Aber dies sollte nicht im Budget geschehen, diese Diskussion muss durchaus geführt werden.

H. Schilling bestätigt, dass die angesprochene Schulentwicklung Oberer Kantonsteil ein ganz wichtiger Punkt sei. Dies hat im letzten Februar begonnen und bereits sind nächste Sitzungen geplant. Da wird untersucht und angeschaut, wie kann man optimal gemeindeübergreifend Zusammenarbeiten, damit man auch optimale Klassengrössen hat. Wenn Stein am Rhein zu viele Kinder hat, wenn Hemishofen zu wenige Kinder hat. Dies geht in eine gute Richtung und für das Schuljahr 2014/15 wird man Resultate auf dem Tisch haben.

A. Ullmann findet den Vorschlag von U. Weibel sehr gut. Es entsteht schon der Eindruck, dass die Schule dem Kostendruck nicht ausgesetzt ist oder nicht im gleichen Masse. Zum einen weil die Einflussmöglichkeiten der Gemeinde beschränkt sind, da der Kanton reinredet, obwohl sie nur noch knapp 40% finanzieren. Er möchte beliebt machen, dass man die nächste Gelegenheit von der politischen Seite her benutzt, mit der Schulbehörde zusammenzusitzen und beide Seiten anzuhören. Damit kann man sich über die Überlegungen, die die Schule macht, aber im Budget nicht zum Ausdruck kommen, austauschen und die verschiedenen Varianten nebeneinander ansehen.

R. Vetterli weist darauf hin, dass es durchaus auch eine Sparmassnahme sein kann, wenn die man die Schülerzahlen tief hält. Wenn infolge höherer Schülerzahlen ein verhaltensauffälliger Schüler nicht mehr gehalten werden kann, kostet es bei einer speziellen Beschulung sofort Fr. 100‘000 pro Jahr. Die Schule ist dem Kostendruck weniger ausgesetzt als andere Bereiche, dies erscheint einfach so, aber dies ist auch ein Faktor, den man sehen muss.

F. Marty merkt an, dass man in früheren Jahren mit 14/15-er Klassen diese Schüler genau gleich gehabt hat. Da steht Aussage gegen Aussage. Er hört seit Jahren, dass sich auch die Schule dem Kostendruck stellen muss, nur fehlt ihm der Glaube, er spürt nicht, dass etwas passiert.

A. Ullmann möchte auf die Aussage von R. Vetterli zurückkommen, da man zwei Seiten später sieht, dass auch die Beiträge an Sonderschulen zunehmen und zwar ziem-

lich massiv. Wenn er das richtig verstanden hat, sind dies ja genau die Aufwendungen, die entstehen, wenn man Schüler mit Auffälligkeiten in Sonderschulen platzieren muss. Liegt er da falsch?

R. Vetterli erklärt, da stehe wie von F. Marty gesagt, Aussage gegen Aussage. Man weiss ja nicht, wären diese Ausgaben noch mehr gestiegen bei grösseren Klassen. Das ist alles hypothetisch, deshalb sind diese Aussagen auch so schwierig, dies ist letztendlich auch ein Glaubenskrieg.

Antrag F. Marty, CVP
Im Budget 2013 wird unter Punkt 210 Primarschule, 302.00 Besoldungsanteile Lehrkräfte der Betrag von Fr. 1‘026‘600 um Fr. 47‘500 auf Fr. 979‘100 reduziert.

Der Antrag wird mit 6 Nein-Stimmen zu 1 Ja-Stimme abgelehnt.

Seite 24, 210 Primarschule, 301.05 Besoldung Schulleitung
F. Marty erklärt, dies hänge zusammen mit seinem Vorstoss, der nicht zustande gekommen ist, betreffend einer Einer-Schulleitung.

Er stellt den Antrag, Pos. 301.05 Fr. 101‘100.- um Fr. 11‘100.- zu kürzen. Dies wäre auch wieder proportional heruntergerechnet von den 85 Stellenprozenten Primarschule auf 100% beide Schulleitungen zusammen ab August 2013, 5/12 weniger.

Antrag F. Marty, CVP
Im Budget 2013 wird unter Punkt 210 Primarschule, 301.05 Besoldung Schulleitung, der Betrag von Fr. 101‘100 um Fr. 11‘100 auf Fr. 90‘000 gekürzt.

Der Antrag wird mit 6 Nein-Stimmen zu 1 Ja-Stimme abgelehnt.

Seite 25, 315.00
F. Marty stellt mit Freude fest, dass man seiner Aufforderung nachkommt und einen einheitlichen Internet-Auftritt für die Schulen Stein am Rhein realisiert.

Seite 26, 212 Orientierungsschule, 301.05 Besoldung Schulleitung
F. Marty stellt den Antrag, dass man, analog Primarschule, den **Betrag um Fr. 6‘500.- auf Fr. 55‘600** kürzt mit der Begründung ab August 2013 eine Einer-Schulleitung zu führen.

Antrag F. Marty, CVP
Im Budget wird unter unter Punkt 212 Orientierungsschule, 301.05 Besoldung Schulleitung der Betrag von Fr. 62‘100.- um Fr. 6‘500.- auf Fr. 55‘600 gekürzt.

Der Antrag wird mit 6 Nein-Stimmen zu einer Ja-Stimme abgelehnt.

Seite 26, 212 Orientierungsschule, 311.00 Mobiliar
F. Marty bezieht sich auf die Bemerkung auf Seite 27 „Ersatz eines Werkbanks da zu tief für heutige Schüler“ und möchte wissen, ist dieser nur zu tief oder funktioniert dieser generell nicht mehr. Wenn er nur zu tief ist, kann man dies mit Böcken zum Unterstellen korrigieren und man muss nicht Fr. 2‘000 ausgeben.

H. Schilling kann dazu keine genauen Angaben machen. Es ist ein älteres Modell und es ist eine Tatsache, dass die Schüler heute grösser sind. Solches Werkmaterial wurde immer wieder herausgestrichen und auf ein Folgejahr geschoben.

F. Marty stellt die gleiche Frage zu den 25 Stühlen und 10 Tischen für Fr. 15‘000. Nur dass das Mobiliar 40 Jahre alt ist, kann ja nicht das Problem sein. Er sitzt an einem Stubentisch von 1840 und auf ähnlich alten Stühlen und niemand kommt auf die Idee, diese zu ersetzen. Man hat diese Stühle schon mal ersetzt und die alten nach Schleit-

heim geschickt und dort sitzt man jetzt noch drauf. Was für andere Schulen noch geht, sollte für Stein am Rhein ja auch möglich sein.

H. Schilling erinnert daran, dass man beim Mobiliar etappenweise vorgegangen ist und dieses Klasse für Klasse ersetzt hat, man verfügt teilweise über altes Mobiliar. Die Zeiten haben sich geändert und es ist nichts als richtig, wenn ein Schüler auf einem Stuhl sitzen kann, der alle Möglichkeiten hat, diesen zu verstellen. Gerade im Hoga hat man sehr gutes Mobiliar sehr günstig von der AXA bei einer Ausmusterung bekommen. Es wird wirklich darauf geachtet, kostengünstig zu Mobiliar zu kommen. Die Schulbehörde beurteilt jeden Ausgabeposten auf die Notwendigkeit und sie waren der Meinung, es sei nötig.

R. Schlatter erklärt, vom Text her sei es schwierig zu beurteilen, ob es sich jetzt um einen Luxusersatz handelt. Er würde sich aber nicht anmassen, diesen Betrag aufgrund einer Annahme zu kürzen.

H. Schilling möchte noch ergänzen, dass sie ja Erfahrungszahlen haben und bei einem Orientierungsschüler werden Fr. 800.- pro Schüler für Mobiliar, Schulmaterial etc. gerechnet und an diesen Vorgaben orientieren sie sich.

F. Marty wirft ein, dass es sich nicht um einen Kürzungsantrag handelt sondern nur um eine Anfrage.

<u>Seite 28, 293 Beitrag für freiw. Erwachsenenbildung, 365.00 Deutschkurs für fremdsprachige Eltern</u>

A.Cantieni erinnert sich, dass dafür einmal unter heftigen Geburtswehen ein Kredit gesprochen wurde. Jetzt steht dort eine Null, ist dieser Kurs gescheitert und warum ist er gescheitert?

H. Schilling teilt mit, dass Stein am Rhein für ein permanentes Angebot einfach zu klein sei. Es wurde ein Kurs angeboten, dann sind die Zahlen zurückgegangen. Selbstverständlich bleiben sie aber dran und wenn die Zahl an Interessierten wieder steigt, wird auch wieder angeboten. Es gibt die Möglichkeit, dass die Mütter zwischenzeitlich nach Schaffhausen gehen, dort werden diese Kurse permanent angeboten.

A.Cantieni findet es einfach bedauerlich, dass dieses Angebot nicht besser benutzt wird.

<u>Seite 32, 309 Dorfkultur, 480.00 Bezug aus Parkplatzfonds</u>

A. Ullmann erklärt, jetzt komme der erste Antrag betreffend Parkplatzfonds. Wie bereits erwähnt, kommt er zum Schluss, dass man die beiden zusätzlichen Belastungen aus dem Parkplatzfonds vorderhand nicht macht und **stellt den Antrag, den Betrag auf Fr. 2‘000 zu reduzieren,** wie er in den Vorjahren im Budget war.

S. Brügel, Stadtschreiber, zitiert aus dem Fonds-Reglement: „Der Stadtrat von Stein am Rhein entscheidet über die Verwendung der Mittel im Rahmen des Fonds-Zwecks und der gesetzlichen Vorschriften“. Man kann den Betrag streichen und der Stadtrat kann das Geld anschliessend trotzdem so verwenden.

A. Ullmann möchte trotzdem an seinem Antrag festhalten.

Antrag A. Ullmann, Pro Stein
Unter Punkt 309 Dorfkultur, 480.00 Bezug aus Parkplatzfonds, wird der Betrag von Fr. 35‘000.- auf Fr. 2‘000.- reduziert.

Der Antrag wird mit 4 Ja-Stimmen zu 2 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

W. Käser möchte sicherstellen, dass es nicht darum geht, die Weihnachtsbeleuchtung abzuschaffen, sondern um die Finanzierung durch den Parkplatzfonds.

A. Ullmann bestätigt dies. Es ändert an der gesamten Rechnung nichts. Es geht um den Grundsatz, wofür der Parkplatzfonds benutzt wird.

Seite 35, 342 Kleinschifffahrt, 314.00 Unterhalt Einrichtungen
W. Käser hat mit Freude festgestellt und möchte dafür danken, dass erstmals seit Jahren überhaupt etwas investiert worden ist.

Seite 40, 540 Jugendschutz, 365.02 Beiträge an Jugendorganisationen/ -veranstaltungen
W. Käser hätte interessiert, welche Organisation und Veranstaltungen bei den Fr. 18‘000.- berücksichtig werden.

H. Schilling informiert, die Fr. 18‘000 gingen einerseits an das Jugendkafi, Fr. 11‘750 für die Miete, der andere Betrag ist der Bus, der am Klingen-Openair hin und her fährt.

Seite 47, 570 Alters- und Pflegeheim, 311.02 Fahrzeuge
F. Marty weist darauf hin, dass im Text der Hinweis auf den Ertrag von Fr. 1‘200.- aus der Vermietung an den Waldkindergarten fehlt.

R. Meile erklärt, der Ertrag sei auf Seite 49, im Text 570 432.14 Dienstleistungen Materialverkauf, aufgeführt.

F. Marty meint der Ehrlichkeit halber müsste man den Bus gleich in die Schule verschieben, da 70% der gefahrenen Kilometer seit Oktober letzten Jahres bis Oktober dieses Jahr durch den Waldkindergarten gefahren wurden und nicht durch das Altersheim. Man könnte noch weitergehen, die Fr. 1‘200 geben ein Kilometer-Geld von 50 Rappen, letztes Jahr waren die Kosten für den Bus ohne Amortisation Fr. 1.46. Seit es den Bus gibt wurden durchschnittlich 5000 km/Jahr gefahren, was 84 Rappen ergibt. Man stellt auch fest, dass aufgrund der Belegung durch den Waldkindergarten, der Bus nicht mehr für viele andere Einsätze zur Verfügung steht. Zudem müssen für den Transport von grösseren Sachen jedes Mal die Sitze demontiert werden.

R. Meile erklärt, die Zahlen hätten sie an Einwohnerrat Marty geliefert, die stimmten. Der Bus wird intern auch diskutiert. Er hat eine gewisse Bedeutung für das Altersheim. Aber sie sind froh wenn sie ihn vermieten können, da so noch etwas Geld hereinkommt. Man könnte sich auch vorstellen, dass man ihn irgendwo anders führt und er dann durch das Altersheim gemietet wird. Er könnte sich z.B. auch vorstellen, dass der Bus bei einer neuen Schulsituation im Oberen Kantonsteil als Schulbus geführt wird und dann bei Bedarf durch das Altersheim dort gemietet wird. Für kleinere Transporte verfügt das Altersheim ja bald über den Renault Kangoo. Das Problem ist erkannt.

Was **F. Marty** bei dieser Position jedes Mal stört, ist, dass man den Einwohnerrat noch nie so schnell über den Tisch gezogen hat, wie als man den Waldkindergarten bewilligt hat und dick und fett auf der 2. Seite gestanden ist „der Transport zum Waldkindergarten ist Sache der Eltern“. Es vergingen keine 2 Monate und man hat es mit städtischen Fahrzeugen gemacht.

H. Schilling erwidert, das Fahrzeug werde gemietet und nicht durch die Stadt zur Verfügung gestellt. Der Elternrat hat sich für die Finanzierung eingesetzt, die Windler-Stiftung bezahlt die Miete und der Elternrat die Lohnkosten.

F. Marty erklärt, dazu gäbe es noch ein Rückkommen. Die Verwaltungsarbeit werde durch einen städtischen Angestellten übernommen, aber das seien ja alles nur Peanuts. Es wird nur ein Kilometer-Geld von 50 Rappen berechnet, der Bus verursacht aber Kos-

ten von über 84 Rappen pro km. Man kann jetzt sagen, das sei spitzfindig, aber an anderen Orten ist man dies auch, z.B. Parkplatzfonds.

H. Schilling erinnert daran, dass die ganze Geschichte Waldkindergarten eine sehr kostengünstige Variante ist. Ansonsten hätte man einen neuen Kindergarten bauen und einrichten müssen, dies hätte wesentlich mehr gekostet. Alles in allem ist der Waldkindergarten eine kostengünstige und erfolgreiche Geschichte.

F. Marty findet, dass die noch bessere Möglichkeit eine Lösung mit Hemishofen gewesen wäre, da hätte man auch noch weniger Kilometer gefahren als in den Waldkindergarten.

Seite 56, 651 Nahverkehr

F. Marty ärgert es, dass die SüdbadenBusGmbH einfach willkürlich morgens Busse ausfallen lässt, dies ist unglaublich ärgerlich und er glaubt, wir zahlten über irgendwelche Kassen auch an diese Busse. Er wäre froh, wenn jemand vom Stadtrat intervenieren könnte.

C. Eimer erklärt, dies laufe alles über den Kanton. Der Stadtrat wird würden aber dort intervenieren.

Seite 60, 720 Kehricht- und Sperrgutbeseitigung, 480.00 Entnahme aus Rückstellungen

A.Ullmann stellt einen weiteren Antrag im Zusammenhang mit dem Parkplatzfonds, es handelt sich nämlich nicht um Entnahme aus Rückstellungen sondern um Entnahme aus Parkplatzfonds.

Antrag A. Ullmann, Pro Stein

Unter Punkt 720 Kehricht- und Sperrgutbeseitigung, 480.00 Entnahme aus Rückstellungen wird der Betrag von Fr. 27‘000.- auf 0.- Fr. gesetzt.

Der Antrag wird nach Stichentscheid durch den Präsidenten mit 4 Ja-Stimmen zu 3 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

Seite 62, 790 Planungen

F. Marty erinnert daran, dass der Stadtrat informiert hat, dass sämtliche Planungen betreffend altersgerechtes Wohnen nicht mehr weiterverfolgt werden. Er musste feststellen, dass vor allem frustrierte Bewohner nach dieser Ankündigung den Saal verlassen haben, die den Sozialreferentin und schon bereits die frühere Sozialreferentin mit flammenden Leserbriefen ins Amt gehoben hatten. Deshalb stellt er den **Antrag, dort eine Position einzufügen z.B. Anschub-Planungskosten von Fr. 40‘000.-,** damit der Stadtrat da dran bleibt.

R. Schlatter präzisiert, nach Rücksprache mit F. Marty, dass dies für die Planung von altersgerechtem Wohnen verwendet werden sollte.

Antrag F. Marty, CVP

Unter 790 Planung wird eine Position im Betrag von Fr. 40‘000.- „Altersgerechtes Wohnen“ eingefügt.

Der Antrag wird mit 3 Nein-Stimmen, zu einer 1 Ja-Stimme bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Seite 68, 830 Tourismus

A.Cantieni weist darauf hin, dass man sehr viel Geld für den Tourismus ausgibt, man müsste auch noch Fr. 25'000 für die Schifffahrt dazurechnen. Die Beleuchtung gehört eigentlich auch dazu, es hat viele Positionen. Ein Teil wird auch durch Dritte bezahlt, das ist ihm völlig bewusst. Jetzt hat der Regierungsrat ein neues Tourismusgesetz in

die Vernehmlassung geschickt und er hat im Internet gesehen, dass dort steht: „ Derzeit stehen für die Vermarktung des Kantons Schaffhausen als Tourismus-Destination jährlich rund 2 Mio. Fr. zur Verfügung. Für die Intensivierung des Marktauftrittes ist mit einem jährlichen Mehraufwand von rund 1 Mio. Fr. zu rechnen“. Seine Frage: In wie weit trifft das auch Stein am Rhein?

F. Marty erklärt in seiner Funktion als Kantonsrat, dass dieses Gesetz in der Vernehmlassung sei und es sehe vor, dass dies durch Mehreinnahmen durch Gebühren bei Touristikern eingenommen wird.

W. Käser war bei der Erarbeitung involviert und erklärt, dass der grösste Unterschied sein wird, dass Betriebe, die vom Tourismus profitieren, zwingend eine Abgabe leisten müssen, bisher war dies freiwillig. Das Gemeindewesen wird deshalb nicht mehr zur Kasse gebeten.

C. Eimer möchte dem hinzufügen, die Vernehmlassung sei noch nicht abgeschlossen, sie würden dies am Mittwoch noch im Stadtrat besprechen und das Gesetz komme dann erst im nächsten Jahr.

Seite 98
U. Weibel erkundigt sich, wie weit man mit der Planung Rathaus und Areal Eggli ist, welche im Finanzplan auch noch erwähnt sind.

B. Hug erklärt, beim Rathaus müsse man wieder ziemlich weit vorne beginnen. Gewisse Sofortmassnahmen wurden getroffen. Es muss vorwärts gemacht werden. Es kommen wachsende Schäden. Man ist am Evaluieren kann aber noch keine Aussagen bezüglich Zahlen machen.

Beim Eggli Areal wurde ein Bauherrenvertreter gefunden, der die Interessen der Stadt vertreten kann. Dort hatte man riesige Differenzen in den Offerten und deshalb hat man einen Spezialisten beigezogen, der die Stadt unterstützt.

S. Brügel ergänzt, dass Asbest gefunden wurde im Fensterkitt und dies wirft die Stadt nochmals zurück auf Feld 1.

Rückkommen

F. Marty, Seite 24, 210 Primarschule, 301.05 Besoldung Schulleiter
Dort müsste ein Ertrag ausgewiesen werden, da der Schulleiter die ganze Verwaltung und Personalwesen mit Anstellung usw. für den Transport des Waldkindergartens ausführt. Wie Frau Schulreferentin ausgeführt hat, läuft dies alles über den Elternrat ausser alle Personalsachen, die macht der Schulleiter während der Arbeitszeit. Dieses Problem müsste einfach einmal gelöst werden.

H. Schilling erklärt, der Kindergarten sei nun mal vom Administrativen her ein Teil der Primarschule.

F. Marty erwidert aber dazu gehöre nicht die administrative Abwicklung des Schulbusses.

U. Weibel, Seite 24, 200 Kindergärten, 314.00 Unterhalt der Gebäude und Anlagen
In der Fridau wurde ein Notdach erstellt. Haben diese Schäden Konsequenzen, genügt da Unterhalt oder entsteht da Investitionsbedarf?

B. Hug erklärt, das Baureferat wollte dieses Dach schon lange sanieren, aus finanziellen Gründen wurde dies aber wieder gestrichen und jetzt hat es hineingeregnet. Schon vorher wurde aber ein Konzept in Auftrag gegeben, was überhaupt gemacht werden kann, auch von der Statik her. Der Vorteil ist, dass dieses durch den neuen Bereichs-

leiter Bau in seiner früheren Funktion in der Privatwirtschaft erstellt worden ist und dieser wird dies nun an die Hand nehmen. Das Budget wurde noch erstellt, bevor es hineingeregnet hat. Die Ausgabe liegt in der Kompetenz des Stadtrates.

Seite 109, Antrag des Stadtrates

A.Ullmann nimmt an, dass die Reihenfolge der Anträge so festgelegt worden ist, weil man davon ausgegangen ist, dass der Steuerfuss beigehalten wird. Es macht für ihn wenig Sinn, wenn man zuerst die laufende Rechnung als gut befindet und danach allenfalls den Steuerfuss senkt. Er möchte beantragen, zuerst über Antrag 2 zu befinden, zudem er dann seinen Antrag stellen wird.

R. Schlatter erklärt, dass in diesem Fall zuerst über den Antrag 2, Steuerfuss abgestimmt wird.

Antrag A. Ullmann, Pro Stein
Der Steuerfuss für das Jahr 2013 wird um 1 Prozent auf 94 Prozent senkt.

Diskussion

U. Weibel teilt mit, dass innerhalb der GPK der Steuerfuss auch diskutiert worden ist. Schlussendlich hat die GPK, in der auch die Pro Stein sehr prominent vertreten ist, gefunden, dass es Sinn macht, den Steuerfuss auf 95% zu lassen. Der Stadtrat hat zugesichert, dass er die Entwicklung laufend überprüfen wird. Es wird weitere Belastungen und Kostenüberwälzungen vom Kanton auf die Gemeinden geben, z.B. im Bereich Altersheim Fr. 100‘000. Dieses positive Budget ist nicht unbedingt ein positives Budget sondern eigentlich eine schwarze Null. Lieber den Steuerfuss bei 95% belassen als im nächsten Jahr die Steuern wieder erhöhen und eine Art JoJo machen.

B. Hug bittet den Einwohnerrat, den Steuerfuss so zu belassen. Der Unterhalt wurde vernachlässigt weil das Geld gefehlt hat aber auch die Kapazitäten in der Bauverwaltung. Es geht jetzt ein rechter Schub mit einem Sachbearbeiter mehr und mehr Unterhalt bedeutet auch mehr Geld, das benötigt wird.

H. Schilling erinnert, dass heute Abend schon viele künftige Ausgaben erwähnt wurde, unter anderem auch das Rathaus, das einen grossen Handlungsbedarf hat. Für die Verwaltung sollen gute Arbeitsplätze geschaffen werden, die Bedingungen sind im Moment sehr schwierig. Wenn all die Aspekte, die heute erwähnt wurden, in Erwägung gezogen werden, ist es unverantwortlich den Steuerfuss zu senken. Sollte es im nächsten Jahr möglich sein, ist der Stadtrat sofort bereit, den Steuerfuss wieder zu senken.

F. Marty möchte das Votum von B. Hug aufnehmen betreffen der mehr Kapazitäten in der Bauverwaltung. Das freut ihn natürlich, aber es freute ihn noch mehr, wenn diese Kapazitäten prioritär mal einsetzt würden um die Anträge der privaten Bauwilligen, die schon überdurchschnittlich lange auf irgendwelche Projekte warten, zu bearbeiten.

G. Lengwiler möchte auf das Wort „unverantwortlich“ zurückkommen, das die Finanzreferentin verwendet hat. Er hat sich überzeugen lassen, dieser Senkung um 1% zuzustimmen und er wehrt sich dagegen, dass er damit unverantwortlich handelt. Er ist der festen Überzeugung, die Fr. 80‘000 hätten in diesem Budget Platz und unverantwortlich ist der Antrag von A. Ullmann, den er unterstützen wird, nicht.

M. Furger füllt sich durch die Aussage von G. Lengwiler gerade etwas provoziert und möchte einfach um Vertrauen in den Stadtrat und die GPK bitten, die diese Vorlage auch sehr intensiv geprüft hat und ursprünglich auch geplant hatte zu beantragen, den Steuerfuss um 1% zu senken. In intensiven Gesprächen wurde diskutiert und die GPK hat dann ihre Meinung geändert, da sie sich vertieft mit dem Sachverhalt befasst hat. Der Stadtrat hat mit den vergangen Steuersenkungen bewiesen, dass bei Möglichkeit

die Steuern gesenkt wurden. Es sind nicht nur diese Steuerfussreduktionen sondern vor allem die Steuergesetzrevisionen vom Kanton gewesen, die die Gemeinde sehr viel Geld gekostet haben, profitiert haben die Steuerpflichtigen. Dies musste auch zuerst verdaut werden. Jetzt wird eine Sporthalle für 15 Mio. Fr. gebaut, die Windler-Stiftung zahlt 45%, den Rest muss mit Finanzmittel finanziert werden. Er mag sich erinnern, noch nicht vor allzu langer Zeit, hat man über die Halle und deren Finanzierung gesprochen und über eine Objektsteuer. Die ganzen Überschüsse, die A. Ullmann genannt hat, sind nicht einfach verpufft, die wurden genau gebraucht, um diese Halle vorzufinanzieren, damit man keine Objektsteuer erheben musste. Jetzt sind wir auf einem guten Weg, aber wir haben eine Neuverschulung von 6 Mio. Fr. im Budget. Dieses Geld muss verzinst werden, das ist Fremdgeld, das aufgenommen werden muss und das muss man auch wieder abschreiben. Das führt in den nächsten Jahren zu einer massiven zusätzlichen Belastung der Rechnung. Diese Belastung sieht man nicht im Budget 2013, aber wenn man den Finanzplan konsultiert, dann sieht man das. Dass die Ergebnisse sich jetzt laufend verschlechtern werden, im Jahr 2015 werden wir bereits ein negatives Ergebnis haben, dies zeigt der Finanzplan auf. Es ist einfach nicht sehr langfristig gedacht, wenn man den Steuerfuss senkt, weil man nur dieses Jahr anschaut.

Budgetiert wird jetzt ein Überschuss von Fr. 83‘000. Was ist jetzt in der Zwischenzeit passiert:

- die Prämienverbilligung-Initiative ist gekommen, Fr. 300‘000 mehr ab Jahr 2014, das wissen wir heute schon. Keine Ahnung wie das finanziert werden soll.
- Der Einwohnerrat hat Mehrkosten beschlossen von Fr. 63‘000, indem er gesagt hat, die Weihnachtsbeleuchtung und die Leerung der Kübel mit dem Abfall der Touristen wird mit Steuergeldern finanziert und nicht aus dem Parkplatzfonds.

Wir haben jetzt noch einen Überschuss von Fr. 20‘000 und wenn wir die Steuern noch um 1% senken, dann sind wir bei einem Minus von bereits Fr. 60‘000. Da kann man immer noch sagen, es sei eine Rundungsdifferenz, aber es ist einfach nicht wahnsinnig sinnvoll. Deshalb findet er, alles zu seiner Zeit und bittet um Vertrauen in den Stadtrat und die GPK, dass sie diese Sache wirklich sorgfältig beurteilt haben und wenn die Zeit für Steuersenkungen da ist, wird der Stadtrat diese auch machen.

Antrag A. Ullmann
Aufgrund des kantonalen Steuergesetzes ist für das Jahr 2013 eine Gemeindesteuer von 94 Prozent zu erheben.

Der Antrag wird mit 4 Nein-Stimmen zu 3 Ja-Stimmen abgelehnt.

Beschluss:

1. **Dem Voranschlag laufende Rechnung und Investitionsrechnung 2013 wird mit 6 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme zugestimmt.**

2. **Aufgrund des kantonalen Steuergesetzes ist für das Jahr 2013 eine Gemeindesteuer von 95 Prozent zu erhaben wird mit 4 Ja-Stimmen zu 2 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt.**

R. Schlatter fügt an, dass der Beschluss dem fakultativen Referendum gemäss Art. 20 der Gemeindeverfassung unterliegt.
Er dankt für die intensive Beratung und möchte in diesem Zusammenhang der GPK danken. Er hat ein Schreiben von Roland Häberli erhalten, der nach 9 Jahren seinen Rücktritt aus der GPK erklärt hat. Er möchte ihm für die 9 sehr guten und intensiven Jahre danken. Der GPK wünscht er, in hoffentlich weiterhin sehr guter Zusammensetzung, für die weiteren Jahre eine gute Zusammenarbeit mit dem Stadtrat.

Mitteilung an
Amt für Justiz und Gemeinden, Mühletalstrasse 105, 8200 Schaffhausen
Finanzreferentin
Zentralverwaltung
Ablage

INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat 03.20.000

6. Allgemeine Umfrage

R. Meile möchte im Namen des Stadtrats aus aktuellem Anlass zum Zeitungsartikel in den Schaffhauser Nachrichten vom 14. Dezember kurz orientieren:

„Der Stadtrat wurde im Verlauf des Sommers 2012 von den Verantwortlichen des kantonalen Sozialamtes orientiert, dass im Hotel Schwanen Flüchtlinge – vor allem Paare und Familien mit Kindern (es handelt sich vor allem um Leute aus Eritrea) – leben werden. Über die zu erwartende Anzahl der Bewohnerinnen und Bewohner konnte das kantonale Sozialamt keine Angaben machen, konnte doch zu jenem Zeitpunkt die Flüchtlingssituation nicht „prognostiziert“ werden.

Das kantonale Sozialamt war bestrebt, mit den Betreibern des Hotels und des Restaurants einen Vertrag über Betrieb und Umfang der Leistungen abzuschliessen. Das ist Sache zwischen dem Kanton und dem Besitzer resp. Pächter. Mehrfach wurde uns mitgeteilt, dass die Verhandlungen nicht abgeschlossen seien, das letzte Mal am 9. Dezember 2012. Es wurde hinterlegt, dass die Stadt froh wäre, wenn das kantonale Sozialamt dann möglichst schnell informieren würde. Und heute musste der Stadtrat dies auch aus der Zeitung erfahren, was suboptimal ist. Der Abschluss des Vertrages ist immer noch nicht erfolgt und den Zeitpunkt weiss man auch noch nicht genau. Was man weiss, aufgrund einer heutigen Anfrage beim kantonalen Sozialamt, ist, dass aktuell 23 Bewohner im Schwanen sind, dass nicht davon auszugehen ist, dass dies mehr werden sollten. Es wird in diesem Rahmen bleiben und der Vertrag ist immer noch nicht abgeschlossen. Mehr weiss der Stadtrat auch nicht.“

R. Schlatter hat den Artikel ausgeschnitten und wollte auch noch darauf zu sprechen kommen und die Informationspolitik des Stadtrates rügen. Das Interessante ist, dass im Artikel noch erwähnt wird, dass Stein am Rhein darauf gar nicht reagiert. Er möchte festhalten, dass es in keiner Art und Weise um die Asylsuchenden geht, sondern um die Informationspolitik, die Transparenz, in diesem Fall vom Kanton. Er hofft, dass der Stadtrat schärfstens interveniert. Nicht gegen die Zahl oder die Leute, sondern gegen die Art und Weise des Vorgehens. Es ist ein privates Gebäude und Verhandlungen mit dem Vermieter/Besitzer des Gebäudes führen, ist Sache des Kantons. Aber es ist nicht mehr Sache des Kantons wenn es so eine einschneidende, massive Form mit 60 Personen annehmen würde, die 2% der Steiner Bevölkerung betragen, an einem so neuralgischen Punkt wie VorderBrugg unmittelbar beim Brückenkopf.

* * *

C. Eimer möchte nochmals kurz die Behörden-Orientierung vom 7. Dezember mit Aufgaben, Funktionen, Arbeitsweisen von Behörden und Räten zusammenfassen:

„Sie, geschätzte Einwohnerrätinnen und –räte, haben den Stadtrat mit Ihrem Schreiben auf die Partizipation der Ratsmitglieder im Rahmen der Kommissionsarbeit hingewiesen und angeregt, diese zu verstärken.

Der Stadtrat hat daraufhin beschlossen, am 7. Dezember eine Behördenorientierung für die derzeitigen und die neuen Behörden- und Ratsmitglieder durchzuführen. Ich persönlich erachte diese Form des Einstiegs ins Thema als sehr geeignet. Als ich hier in Stein in den Einwohnerrat gewählt wurde, war ich über die Aufgaben, Pflichten usw. nicht umfassend orientiert und habe Schritt für Schritt dazu gelernt. Die Informationen von Andreas Jenni, Leiter Amt für Justiz und Gemeinden, waren aus meiner persönlichen und auch aus Sicht des Stadtrates sehr aufschlussreich.

Der Stadtrat hat die Aussprache in den einzelnen Gruppen am letzten Freitag als ausgesprochen anregend und aufbauend erlebt. Die Ansätze für eine aufgaben- und sachgerechte Zusammenarbeit der verschiedenen politischen Instanzen gemäss den erarbeiteten Vorschlägen bieten gute Grundlagen für die Arbeit in einer Arbeitsgruppe bestehend aus Mitgliedern des Einwohner- und des Stadtrates. In dieser sollen die Elemente zusammengeführt und gemeinsam festgelegt werden. In der Folge sind die Geschäftsordnungen im Entwurf zu erarbeiten, der Stadtrat hat die Arbeit an der eigenen aufgrund der Neuverteilung der Aufgaben bereits aufgenommen.

Der Stadtrat wird sich nach der Konstituierung des Einwohnerrates mit dem Büro in Verbindung setzen und die Arbeitsgruppe ins Leben rufen.

Die Konstituierung des Rates und die Wahl in die reglementarisch festgelegten Kommissionen erfolgt am 18. Januar 2013 gemäss den geltenden Bestimmungen.

Kommen Arbeitsgruppe, Stadtrat und Einwohnerrat zum Schluss, die Form der Zusammenarbeit müsse angepasst werden, muss dies selbstverständlich alle politischen Prozesse gemäss den gesetzlichen Bestimmungen durchlaufen."

Sie bedankt sich nochmals für den interessanten und anregenden Abend. Sie habe wenig Feedback von Seiten Einwohnerrat bekommen, aber sie denke, es war gut, so in die neue Legislaturperiode zu starten."

R. Schlatter fand die Veranstaltung auch sehr gut. Dass wenig Feedback gekommen ist, liege vielleicht daran, dass alles noch sehr unklar ist. Aber die Strukturen für eine künftige Zusammenarbeit sind erkannt, das umzusetzen ist natürlich dann die andere Sache.

*** * ***

G. Lengwiler möchte vom Stadtrat wissen, wieso sie ein solches Regime bei der Schneeräumung in der Altstadt führen. Er stellt fest, dass in der Oberstadt wegen des Buses schwarz geräumt ist, man kann anständig gehen. Er wurde heute Mittag Zeuge eines Sturzes eines älteren Herren. Heute war Pflotsch, gestern war es gefroren, es ist schlicht und einfach in der Altstadt nicht begehbar, es ist für ihn absolut verantwortungslos. Er weiss nicht, was das mit Ambiente in der Stadt zu tun hat, wenn wir eine weisse, gefrorene oder Pflotsch-Schicht haben, die kaum begehbar ist. Er sieht keine Vorteile für die Leute, die im Städtchen einkaufen sollten. Wieso wird die Oberstadt bis Höhe roter Ochsen geräumt, aber man hat die grösste Mühe in der Undergass sowie vom Untertor bis zum Rathaus zu gehen. Dies sollte dringend geändert werden und er spricht da im Namen von einigen Leuten, die ihn darauf angesprochen haben.

E. Böhni, Werkreferent, erklärt, es sei halt jedes Jahr wieder anders, aber er müsse zugeben, dass eine Schwarzräumung, wie für den Stadtlauf, mit einem 2 – 3fachen Aufwand verbunden ist. Auf den Pflastersteinen kann halt nicht so sauber geräumt werden wie auf einer asphaltierten Strasse. Sie bemühen sich, zu machen, was sie für gut befinden. Sie haben letzten Sonntag gesplittet und danach noch nachgesplittet, da man

nicht wusste, was für Wetter es gibt. Es ist schwierig, es allen Recht zu machen, aber sie bemühen sich. Aber man kann nicht auf der ganzen Breite splitten.

G. Lengwiler weist darauf hin, dass jeden Tag Besucher der Märlistadt kommen und es ist ein Graus zuzuschauen, wie diese ihre Rollstühle oder Rollatoren quer durch die Stadt schieben. Es muss doch eine Bahn von 2-4 Metern geben, auf der man anständig gehen kann, auch vom Untertor auf den Rathausplatz.

F. Marty hat sich das gleiche Problem notiert und findet, man muss einfach splitten. Er meint, das Regime, das man die Stadt nicht sauber räumt, sei aus einer früheren Ära. Es sollte ein Konzept geben, wie man das handhabt, aber so geht das nicht. Er salzt weiterhin die Gasse bis zum Rathausplatz, sonst kommt nämlich gar niemand. Splitten wäre das wenigste, man kann auch mit einem Kübel splitten. Wie es bis jetzt war, ist eine Katastrophe.

U. Weibel möchte dass deponiert wird, dass der Kanton nicht den Schnee von der Strasse auf die bereits durch das Bauamt geräumten Trottoirs pfadet. Diese Umwälzung ist nicht unbedingt im Sinne von Stein am Rhein.

*****

W. Käser möchte wissen, wo man im Bereich Geothermie steht. In der Sitzung vom 13. April wurde informiert, dass die entsprechende Planung laufe und Mitte 2012 ein Bericht vorliegen werde.

B. Hug erklärt, dass ein Vorbericht vorliegt, aber noch kein definitiver Schlussbericht. Wenn dieser vorliegt, wird der Stadtrat informieren. Es fehlen noch gewisse Einzelheiten vor allem bezüglich dem Verteilnetz etc.. Das Projekt wird vom Kanton mitfinanziert und dieser hätte auch gerne eine Antwort, aber diese steht leider noch aus. Der Bericht ist einfach noch nicht fertig.

*****

F. Marty macht betreffend GPK darauf aufmerksam, dass nicht nur Roland Häberli den Rücktritt eingereicht hat, es ist auch der künftige Stadtrat Oderbolz zu ersetzen, René Schäffeler wird Einwohnerrat und Urs Weibel und Werner Schmid sind nicht mehr Einwohnerräte. Es müsste demzufolge ein neuer Einwohnerrat gewählt werden und ein weiteres Mitglied, das nicht im Einwohnerrat ist. Ist das so richtig?

R. Schlatter bestätigt dies und erklärt, dass die Diskussion darüber geführt würden.

*****

Claudia Eimer ergreift zum Abschluss das Wort:

„ Geschätzte Stadtratskollegen, lieber René

Das ist Deine letzte Einwohnerratssitzung als Stadtrat, in ein paar Minuten ist es soweit. Darum möchte ich ganz kurz Revue passieren lassen und Dir danken.

Du hast Dein Amt am 1. März 2002 als Nachfolger von Sozialreferentin Christine Schmid angetreten. In den Jahren 2004 und 2008 bist du jeweils mit einem Spitzenergebnis wieder gewählt worden. Es ist viel passiert während Deiner 11jährigen Amtszeit. Die gesetzlichen Grundlagen für die Altersbetreuung und Pflegefinanzierung haben sich grundlegend geändert. Dir ist es gelungen, die Strukturen und Dienstleistungen unseres Alters- und Pflegeheims und der Spitex den neuen Anforderungen anzupassen und auszubauen ohne dass die Bezügerinnen und Bezüger der Leistungen zusätzlich zur Kasse gebeten wurden. Der Mahlzeitendienst ist unter deiner Führung ausgebaut und die Spitexleistungen auf den ganzen oberen Kantonsteil erweitert worden. Gleichzeitig

ist auch das Alters- und Pflegeheim etappenweise saniert und ausgebaut worden. Auch die zunehmenden Herausforderungen bei der Sozialhilfe hast du bestens gemeistert. Ein grosser Verdienst stellt Dein ausserordentlicher Einsatz nach dem Rücktritt von meinem Vorgänger, Franz Hostettmann, dar. Du hast wesentlich dazu beigetragen, dass der Wechsel im Stadtpräsidium so gut verlaufen und die gleichzeitig in die Wege geleitete Verwaltungsreform so gut angelaufen ist.

Ich danke dir, lieber René, auch im Namen Deiner Stadtratskollegin und –kollegen für Deinen grossen Einsatz im Interesse unserer Stadt, für Deine Loyalität und Deine Kollegialität, Dein Mitdenken und Mitwirken.

Wir werden dich am Neujahrsapéro am 4. Januar noch gebührend verabschieden. Bis dahin wünschen wir Dir für die verbleibenden Stadtratstage noch viel Freude und geniesse die Zeit. Ein gesegnetes Weihnachtsfest im Kreise Deiner Familie wünschen wir Dir und nochmals vielen Dank. Wir werden nachher noch mit einem Glas Wein auf Dich anstossen können."

R. Schlatter möchte allen Einwohnerräten, die heute ihre letzte Sitzung haben, herzlich danken. Es sind dies Käthi Rietmann, Uschi Knecht, Urs Weibel, Franz Marty, Guido Lengwiler, André Ullmann, Werner Schmid, Georg Berner und er selbst. An diese geht ein Dank für die gute, intensive Zusammenarbeit während der letzten Legislatur und für die Unterstützung in seinem Präsidialjahr.

Den anderen wünscht er einen guten Neustart im kommenden Jahr, Arthur Cantieni als vermutlicher Alterspräsident am 18. Januar. Den anwesenden neuen Einwohnerräten auch nochmals viel Glück, viel Spass und eine gute Zusammenarbeit mit dem Stadtrat und auch innerhalb des Einwohnerrates. Es kommen ganz neue Herausforderungen mit den neuen Arbeitsgruppen. Markus Oderbolz wünscht er viel Glück in seinem neuen Amt. Es gibt extrem viel und grosse Veränderungen was die Zusammenarbeit angelangt, dies braucht viel Kraft und auch Geduld von allen Seiten. Er möchte aber alle ermahnen und erinnern, dass die Zurückgetretenen im Hintergrund immer noch da sind und gespannt auf die Ergebnisse warten.

In diesem Sinne schliesst er die letzte Sitzung.

Schluss der Sitzung 22.30 Uhr

Stein am Rhein, 19. Dezember 2012

Die Protokollführerin

Yvonne Widmer